

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Gesellschaftliche
Probleme ...



S. 22

... sondern
verdrängt



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Anklage gegen „Werwolf-Aktivitäten“	3
Krisenzeichen aus Fernost	4
Anhörung für RAF-Gefangene ..	5
Bonn blockiert „Zukunftsfoonds“ ..	5
Bundesweite Petition „Aufhebung des PKK-Verbots“ gestartet ..	6

Auslandsberichterstattung

Die ERNK zur Krise EU-Türkei ..	8
Sri Lanka: Tamilischer Befreiungskampf geht unter Opfern weiter ..	8
Serbien: LIT in der FAZ	9
Baskenland: ETA-Anschlag contra Massenmobilisierung	9
Brasilien: Landlosenbewegung gegen Cardosa	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Hessen: Kappel (Ex-FDP) gründet „Offensive“ nach rechts	13
Frankfurt: Flughafen-erweiterung	13
Köln: Bildungsklau – nein danke!	14
Essen: Krankenhausnotopfer stößt auf Widerstand	14
Bayern: Flüchtlingsrat gegen Abschiebung von Kosovo-Albanern ..	15
Sachsen-Anhalt: Die PDS und ihre Sünden	15
Mecklenburg-Vorpommern: Für einen Politikwechsel	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
ÖTV: Tarifrunde 1998, der Beschuß der Tarifkommission ..	19
Aktion gegen Stadthaushalt	19
IG BCE: Konflikt in der Tarifkommission	20
ABB: Streik gegen Maßregelung ..	21
Kodak: Gegen Entlassungen ..	21

Diskussion und Dokumentation

Reaktionäre Politik schürt Angst vor Verbrechen	22
In und bei der PDS	24
Baskische Gewerkschafter in Hannover	25

Letzte Seiten

Besprechung: Windkraft: Chance oder Irrweg?	27
---	----

Termine	28
---------------	----

IN BONN KOALITIONSSPEKULATION: Im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat einigten sich vorletzte Woche SPD und Regierungsparteien auf eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 1% ab 1.4.98. Mit dem Mehrerlös wird der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung erhöht, der Rentenbeitrag bleibt bei 20,3%. Gleichzeitig machte die SPD bei ihrer Forderung nach Beitragspflicht für 610-DM-Jobs wieder einen Rückzieher auf ganzer Linie. Der Kompromiß entlastet vor allem Kapitalisten und höhere Einkommen, belastet Leute mit niedrigeren Einkommen, die die Mehrwertsteuererhöhung bezahlen müssen und – sofern sie 610 DM-Jobs haben – weiter nicht versichert sind. Das *Handelsblatt* (12./13.12.) rätself: „Wieso haben die Sozialdemokraten Kanzler Kohl und seine Regierungsparteien wieder aus der Falle befreit, die eigentlich schon längst zugeschnappt war? ... Die Sozialdemokraten mit ihrer Mehrheit im Vermittlungsausschuß hätten in der Nacht einfach nur ein Gesamtpaket beschließen müssen, das sowohl den Kompromiß zur Rente als auch einen Lösungsvorschlag zur Problematik der 610-DM-Jobs enthalten hätte. Dem wären wahrscheinlich auch die Unions-Parlamentarier im Vermittlungsausschuß gefolgt. Die Liberalen, angetrieben von ihren ökonomischen Puristen wie Otto Graf Lambsdorff, wären jedoch standhaft gegen jede Einschränkung der Sozialversicherungsfreiheit geblieben. Spätestens am Vormittag danach im Bundestag ... wären etliche in den Reihen von CDU und CSU ausgeschert und zur SPD übergelaufen. Dieses Szenario waberte durch das Regierungsviertel am frühen Abend zum Donnerstag ...“ Fazit des *Handelsblatts*: „Die Sozialdemokraten scheinen einfach unvorbereitet auf so viel Desaster in den Reihen von Union und FDP.“ Eine große Koalition scheint in der Wirtschaft Anhang zu gewinnen.

KAMERALISTIK BEENDET? Ab 1. Januar dürfen die öffentlichen Haushalte auch nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung und der Bilanzierung wirtschaften. Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches sollen dabei sinngemäß angewendet werden. Das haben die Länder im Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag durchgesetzt. Das bisherige kameralistische Einnahmen-Ausgaben-System kann aufgegeben werden. Das Gesetz zur Reform des Haushaltungsrechts erlaubt außerdem, die Verantwortung für Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen stärker zu dezentralisieren. Schließlich sollen Mittel leichter in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Bund und Länder erwarten sich von den Änderungen vor allem eine schärfere Rationalisierungen in den öffentlichen Verwaltungen, auch werde „der Anreiz zur Erzielung von Mehreinnahmen erhöht“.

CONTRA SEEHOFER: Die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände lehnt den Plan von Gesundheitsminister Seehofer, Arbeitseinkommen weniger auf die Sozialhilfe anzurechnen, schroff ab. Laut der Präsidentin des Städetags, der Frankfurter CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth, führt Seehofers Plan zu Mehrkosten der Kommunen von 500 Millionen DM jährlich. Im Gegensatz zu den Überlegungen von Union und SPD auf Bundesebene, die 610 DM-Jobs auf Druck der Gewerkschaften wenigstens teilweise in die Sozialversicherungspflicht einzubeziehen, fordert der Gesamtvorstand der Städte, Landkreise und Gemeinden, die Steuer- und Sozialversicherungs-, „Beitragsbefreiung“ für Geringverdiener noch weiter auszuweiten. Nur so könne auch die Sozialhilfebelastung der Kommunen verringert werden. Außerdem solle im Grundgesetz endlich verankert werden, daß der Bund für Leistungen, die er per Gesetz vorgibt, auch zahlen müsse, ebenso die Länder, fordern die Kommunalverbände.

ROEDER-UNTERSUCHUNGSAUSSCHUß: Ende Dezember haben SPD und Grüne einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich mit den rechtsradikalen Umtrieben in der Bundeswehr befassen soll. Mit einem Viertel seiner Mitglieder kann sich der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß konstituieren. Die grüne Verteidigungs-politische Sprecherin Angelika Beer kündigte an, der Ausschuß werde sich nicht nur mit dem Auftritt des Neonazis Roeder an der Führungsakademie der Bundeswehr befassen.

STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT

UNVERÄNDERT: Am 10. Dezember hat der Innenausschuß des Bundestages mit den Stimmen der Regierungsparteien die Debatte um eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts abgesetzt. Eine Reform des völkerlichen Staatsbürgerschaftsrechts, die die Rechtlosigkeit der 7 Millionen „Ausländer“ endlich aufhebt, ist damit für diese Legislaturperiode unmöglich. Der grüne Abgeordnete Özdemir wetterte: „In der Frage des Staatsangehörigkeitsrechts sucht sich das liberale Wasser nicht mehr seinen Weg, es ist zum Rinnasal verkommen.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 14. Januar beginnt der Untersuchungsausschuß über Rechtsradikalismus in der Bundeswehr seine Arbeit. Am gleichen Tag berät der Bundestag über Entwicklungspolitik, eine Reform der Wahlkreiseinteilung, über grüne Anträge zum Zugang zu Datennetzen und Datenschutz, über Hochschulpolitik, Unterhaltsrecht und einen PDS-Antrag auf Einführung einer Steuer gegen Spekulationen. Am 15. Januar soll der „große Lauschangriff“ im Bundestag verabschiedet werden, danach geht es noch um die Ergebnisse des Klimagipfels in Kioto.

Am 9. Dezember teilte die Berliner Justizpressestelle mit, die Staatsanwaltschaft I beim Landgericht habe bei Wohnungsdurchsuchungen am Vortag wegen „Verdachts der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda“ als „Zufallsfund“ auch Materialien zur Herstellung von Rohrbomben sichergestellt. „Solche Materialien dienten auch zur Herstellung einer Rohrbombe, die im Oktober 1997 von Passanten im Treptower Park gefunden worden war. Den bisherigen Ermittlungen zufolge sollte eine derartige Bombe auch auf dem Balkon eines Mitglieds der PDS-Junge Gruppe Treptow gezündet werden. Zur Vorbereitung des Anschlags sollen bereits zwei Probesprengungen durchgeführt worden sein. Zwei Beschuldigte im Alter von 17 und 20 Jahren seien verhaftet, bei dem älteren habe die Polizei einen Karabiner und einen abgesägten Revolver festgestellt. Die Festgenommenen sollen der „Kamerad-

schaft Treptow“ angehören. Vor dem Amtsgericht Tiergarten sei Haftbefehl gegen sie beantragt wegen Vorbereitung einer Sprengstoffexplosion und Verstoß gegen das Waffengesetz.

Berlin:

Neonazis mit Rohrbomben

Die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau begrüßte in einer Erklärung mit dem Treptower PDS-Vorsitzenden Michael Schneider die Festnahmen und äußerte sich zugleich bestürzt, „daß offenbar erneut ein Anschlag gegen PDS-Mitglieder vorbereitet wurde“. Weiter heißt es in der Erklärung: „Das am 19.

Februar 1997 vom Berliner Neonazi Kay Diesner ‘aus Haß gegen die PDS’ verübte Marzahner Attentat auf den Buchhändler Klaus Baltruschat ist, nur die bisherige Spitze neofaschistischer Gewaltbereitschaft in Berlin‘, warnte die PDS-Landesvorsitzende. Um so unverständlich bleibt, daß das Landesamt für Verfassungsschutz in seinem ‚Lagebericht‘ vom 31.8.97 ‚quasi Entwarnung‘ suggeriert hat. Entgegen dem Bundes-trend sei ‚für Berlin ... bei den Neonalionalsozialisten insgesamt eine rückläufige Entwicklung zu beobachten‘, heißt es in dem am 18.9.97 im Ausschuß für Verfassungsschutz des Abgeordnetenhauses verteilten ‚Lagebericht‘. Michael Schneider erklärte, für ihn sei es unverständlich, daß er als Bezirksvorsitzender der offenbar bedrohten PDS den Medien entnehmen mußte, daß ein Anschlag gegen ein PDS-Mitglied geplant war und nicht ‚auf kürzestem Wege‘.“ (PDS Berlin, 9.12.97)

Neonazistische Terrorgruppen

Anklageerhebung gegen faschistische Werwolf-Aktivitäten in Hamburg

Ausgesprochen unauffällig und mit der ihr eigenen Geste der Selbstverständlichkeit betritt die Bundesstaatsanwaltschaft aus Karlsruhe neues Terrain: Mit einer Anklageschrift vom 12.11.1997 hat der Generalbundesanwalt der BWA in Karlsruhe¹ „Anklage wegen des Verdachts der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung (§§ 129a, 23 StGB), des Verdachtes von Verstößen gegen das Waffengesetz und anderer Delikte“ gegen Henry Fiebig und Christian Martin Scholz vor dem 3. Strafsenat des hanseatischen OLG in Hamburg erhoben.

Die Anklage wirft den beiden mutmaßlichen Autoren der Schriftenreihe „Eine Bewegung in Waffen“ vor, „von 1989 bis Oktober 1994 die theoretischen und organisatorischen Grundlagen für die Gründung sogenannter Werwolf-Gruppen geschaffen und versucht zu haben, von ihrem damaligen Wohnort in Hamburg aus eine solche Gruppe aufzubauen“. Die Anleitung zum Untergrundkampf kursierte unter dem Pseudonym Hans Westmar zunächst auf Disketten und wurde 1991 in Auszügen im „NS-Kampfruf“ abgedruckt. Christian Scholz, den die Bundesstaatsanwaltschaft hinter dem Pseudonym Hans Westmar vermutet, soll für die Ausarbeitung der politischen Strategie der „ersten drei Bände“ („Massenpsychologie, Propaganda und Revolution“, „Strategie und revolutionärer Kleinkrieg“ und „Dokumente zum Werwolf historischer Prägung“) verantwortlich sein, während der vierte Band unter dem Pseudonym „Autorenkollektiv Werwolf“ („Handbuch für

improvisierte Sprengtechnik“) von Scholz und Fiebig gemeinsam erstellt worden sei. Bei dem Handbuch handelt es sich um einen überarbeiteten Nachdruck einer Schrift des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes, welcher Taktik und Mittel des Untergrundkampfes beschreibt.

Im Zeitraum von 1980 bis 1990 vermeldete die Statistik Bundesinnenministeriums 30 Tote durch rechte Gewalttäter. Dennoch lagen der Behörde „nach der Ermittlung und Zerschlagung der letzten rechtsterroristischen Vereinigung (Hepp/Kexel)“ im besagten Zeitraum „keine polizeilichen Erkenntnisse über die Existenz rechtsterroristischer Strukturen vor“.² Von den insgesamt 1036 Ermittlungsverfahren, die im Zeitraum von 1990–1996 wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“, nach §129a eingeleitet wurden, richteten sich ganze neun gegen rechte Gewalttäter.³ Von den neun Verfahren des Generalbundesanwalts – darunter eine 17seitige Morddrohung unter dem Namen „Die Nationalsozialisten“ u.a. gegen einen Karlsruher Richter vom August dieses Jahres – führten bisher nur die Ermittlungen im Falle des „Autorenkollektivs Werwolf“ zur Anklageerhebung. Eingestellt wurden unter anderem die Ermittlungen gegen das „Nationale Einsatzkommando“ (1993), die „notorischen Einzeltäter“ des Anti-Antifa Pamphletes „Der Einblick“ (1994) und zuletzt das Verfahren gegen den NSDAP/AO-Führer und Verantwortlichen des „NS-Kampfrufes“ Gary Lauck.

Somit dürfte in diesem Verfahren erst-

mals zur Sprache kommen können, was in den vergangenen zwanzig Jahren aus bundesdeutschen Gerichtssälen – und nicht nur dort – herausgehalten wurde: die Verbindung von legalen Organisationsformen und illegal operierenden Aktionsgruppen. Der in den Schriften beschriebene Organisationsaufbau deckt sich mit dem Strukturen der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), aus deren Reihen Scholz und Fiebig kommen. Christian Scholz war bis Ende der 80er Jahre Schriftführer und presserechtlich Verantwortlicher der „FAP-Nachrichten“, des „Volksgenosse“ und „Der politische Soldat“ (alle FAP) sowie der „Nachrichten der HNG (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene). Christian Scholz und Willi Wegner, die 1993 in Hamburg Horn zusammen wohnten, gehörten zu den Gründungsmitgliedern der 1992 verbotenen „Nationalen Offensive“ (NO) und bildeten den zusammen mit Henry Fiebig den Kern der Hamburger NO.

Im Sommer 1993 machten Antifaschisten auf die Wohnung von Fiebig im Hamburger Schanzenviertel aufmerksam. Fiebig und Scholz verschanzten sich in der Wohnung, schossen mit Signalmunition und bedrohten Demonstranten und die anrückende Polizei mit einer abgesägten Schrotflinte. Die anschließende Durchsuchung der Wohnung förderte neben diversem Propagandamaterial auch Molotowcocktails sowie zur Herstellung von Sprengsätzen geeignete Materialien und Baupläne zu Tage. Unmittelbar nach ihrer Festnahme am 11.6.1993 wurden

→ beide auf freien Fuß gesetzt und tauchten anschließend ab. Im wesentlichen stützt sich die Anklage der Bundesstaatsanwaltschaft jetzt auf die Beweismittel des unfreiwilligen Einsatzes der Hamburger Polizei.

Nach Informationen einer niederländischen Wochenzeitung⁴ ermittelte die Bundesanwaltschaft im Sommer 1995 neben Fiebig und Scholz auch gegen weitere vermutliche Mitglieder der GdNF-Werwolfgruppe, so den ehemaligen Bundesvorsitzenden der NO, Christian Malocci (NO, HNG und Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers/KAH) und Michael Swierczek (Bundesvorsitzender NO, KAH) sowie gegen das frühere NO-Mitglied Martin Freiling aus den Niederlanden. Die jetzige Anklageschrift führt allerdings nur noch Scholz und Fiebig auf, wobei mit zwei Beschuldigten für das Organisationsdelikt des §129a genau eine dritte Person fehlt. Das Türchen für den Einstieg in den Ausstieg aus einem langen Gerichtsverfahren ist damit offen. Es steht zu befürchten, daß ähnlich dem Verfahren gegen den NSDAP/AO-Führer und Vertreiber des „NS-Kampfrufes“, Gary Lauck, der Prozeß die Anklage auf wenige und einfach nachweisbare Tatvorwürfe reduziert und der politische Hintergrund ausgeklammert wird. Ohne in den Fehler zu verfallen, einen starken Staat, respektive §129a Verurteilungen gegen rechts zu fordern, sollten Antifaschisten diesen Prozeß genau beobachten. Öffentlich zu thematisieren sind nicht nur die neofaschistischen Organisationsstrukturen, sondern auch die politische Ausrichtung der deutschen Sicherheitsbehörden. Der Unwillen, organisierte Gewalt von rechts zur Kenntnis zu nehmen, ist nicht nur Bundesinnenminister Kanther, sondern auch dem Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz eigen. In einem Interview für die Welt am Sonntag kommt Reinhard Wegner zu dem Schluß: „Hamburg ist kein Pflaster für rechtsextremistische Gewalttäter.“⁵ Die Röder-Affäre und das Verfahren gegen die Hamburger Werwolf-Strukturen zeigen, daß die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern politisch überflüssig sind und abgeschafft gehören. *kun*

Quellen:

1. Nach Pressemitteilung der Generalbundesanwaltschaft beim BGH vom 9.12.1997.
2. Bericht des Innenausschuß des deutschen Bundestages vom 14.6.1995, nach Ulla Jelpke, MdB PDS in Antifaschistische Nachrichten 15/95.
3. BT-Drucksache 13/7229 nach einer Pressemitteilung von Annelie Buntenbach vom 10.4.97 in Antifaschistischen Nachrichten 8/97.
4. Vrij Nederland vom 19.8.1995, nach Handbuch Rechtsextremismus, Berlin 1996.
5. Reinhard Wagner nach Welt am Sonntag vom 7.12.1997.



Streikversammlung bei dem koreanischen Automobilkonzern Hyundai, Januar 1997

Immobilien- und Kreditkrise der „Tigerstaaten“ als Vorboten einer größeren Krise?

Krisenzeichen aus Fernost

Die südostasiatischen „Tigerstaaten“ (offiziell: ASEAN) galten den Verfechtern der reaktionären „Angebots-Ökonomie“ lange als Muster für erfolgreiche Entwicklung.

Brutalste Niederhaltung der Bauern und Gewerkschaften im Innern war eines ihrer „Markenzeichen“ – in Indonesien angefangen mit der zehntausendfachen Ermordung von Kommunisten in den 60er Jahren, in Thailand augenfällig an der Kombination von Rauschgift, Prostitution und Fabriken mit entsetzlichster Frauen- und Kinderarbeit, in Südkorea bekannt durch die blutige Niederschlagung des Aufstands von Kwangju durch das Militär 1980, durch Militäreinsätze gegen Streiks, Verbote von Gewerkschaften und einen berüchtigten Geheimdienst. Diese – von den „Angebotstheoretikern“ natürlich verschwiegene – Vorausbedingung gegeben, sollten diese Staaten Muster für „exportorientiertes Wachstums“ sein. Gemeint war: Durch Gewährleistung rentabler Anlage für Rentitejäger aller Art und verbunden mit der Versprechen, alle Gewinne sofort außer Landes schaffen zu können, sollte nicht nur die Akkumulation von Reichtum im Innern angeheizt, sondern zugleich imperialistisches Kapital aus aller Welt angelockt und so die „Entwicklung“ befördert werden.

Tatsächlich schien dieses extrem brutale „Entwicklungsmodell“ bis vor wenigen Monaten den Erfolg auf seiner Seite zu haben. Insbesondere amerikanisches und japanisches Kapital ergoß sich in die südostasiatischen Billigstlohngebiete und zog eine Produktionsstätte nach der anderen hoch. Alles, was unter US- und japanischen „High-Tech“-Konzernen

Rang und Namen hat, errichtete Produktionsstätten. Auf Kautschuk, Rauschgift und Textilien folgten Fernseher, Spielzeug, Computer und elektronische Bauteile aller Art. Wo kein Gesundheitsschutz, keine Arbeitszeitschränken und Gewerkschaften das Geschäft beeinträchtigte, ließen sich glänzende Profite machen.

Spätestens letztes Jahr hatte sich dieses Eldorado auch bei deutschen Konzernen herumgesprochen. Angefeuert von der Bundesregierung überschlugen sich Konzerne wie Siemens, Daimler-Benz, VW usw. mit Ankündigungen, in Fernost zu investieren – hier sei der „Wachstumsmarkt der Zukunft“. 1996 wurde Südkorea feierlich in die OECD aufgenommen – das erste Land der Dritten Welt, dem der Aufstieg in den Kreis der Industriestaaten gelungen schien.

Und jetzt? Katzenjammer und faule Kredite, wohin man schaut. Wieviel hoffnungsfrohe Lebensversicherungsbesitzer hierzulande werden sich noch wundern, wo ihr hoffnungsfroh erwarteter Vermögenszuwachs bleibt? Welche deutschen Banken müssen wieviel Fernostkredite abschreiben, welche Fonds gehen womöglich pleite? „Allein das deutsche Bankenengagement in den asiatischen ‘emerging markets’ belief sich Ende 1996 auf 42 Milliarden Dollar! ‘Da kommt noch einiges auf uns zu’, schwante gestern einem Vorstandsmittel einer großen Frankfurter Bank“. Das berichtete am 25.11. die Börsen-Zeitung.

Seit Sommer dieses Jahres haben IWF, Weltbank, US- und japanische Regierung und Banken Kredithilfen allein für Thailand, Indonesien und Südkorea über ungefähr 100 Milliarden US-Dollar verein-

bart. Dabei ist unsicher, ob z.B. die 57 Mrd. US-\$ für Südkorea reichen werden – nach Pressemeldungen muß das Land allein in den nächsten Wochen ca. 30 Mrd. US-\$ an fälligen Krediten zurückzahlen.

Derzeit machen mehrere Spekulationen die Runde, woher die Krise der „Tigerstaaten“ kommt. Eine der plausibelsten ist die der Basler „Bank für internationale Zahlungsausgleich“ (BIZ). Um Kapital anzulocken und den Anlegern Sicherheit zu bieten für die „Rückführung“ ihrer Gewinne, hatten alle „Tigerstaaten“ die Kurse ihrer Währungen an den US-Dollar gebunden. Solange nun der Kurs des Dollars fiel – insbesondere gegenüber dem japanischen Yen und europäischen Währungen – stachelte das die Geschäfte und die Kreditaufnahme in den „Tigerstaaten“ zusätzlich an. Warum sollte man Kredite nicht zurückzahlen können, wo doch das Exportgeschäft nach Japan und Europa wegen der ständigen Abwertung der eigenen Währung auf diesen Märkten immer profitabler zu werden versprach? Folglich wurde jede Menge Kredite aufgenommen – besonders bei japanischen Banken.

Seit 1995 aber stieg der Kurs des Dollars wieder, gegenüber dem Yen von 80Yen je Dollar im April 1995 auf 127Yen je Dollar im Mai 1997. Das entsprach einer Aufwertung von über 50%. Damit aber brachen alle Kalkulationen für die Kredite in den „Tigerstaaten“ zusammen. Das Exportgeschäft brachte nicht mehr die erforderlichen Renditen, das drückte auf die Rückzahlung der Kredite, führte zu Devisenproblemen, verhagelte das Immobiliengeschäft usw. Irrendwann flogen die ersten Immobilienkredite auf, das Desaster begann.

Zwar haben inzwischen alle „Tigerstaaten“ ihre Devisenkurse vom Dollar gelöst, der Kurs ihrer Währungen gegenüber dem Dollar fiel bis zu 50%. Ob das reichen wird, den industriellen Export wieder anzukurbeln, und ob letzter rasch genug so viel Rendite abwerfen wird, um die enormen Schulden zurückzuzahlen, ist zweifelhaft. Folglich geht die Krise weiter und folgt dem typischen Muster einer Überproduktionskrise: Erst kracht's bei Immobilien, dann allgemeine Kreditkrise, dann industrielle Krise.

In den südostasiatischen Staaten fallen deshalb die Konzerneigner wie die Wölfe über ihre Beschäftigten her. Kaum etwas davon dringt hierzulande durch – die Fernsehsender ergötzen sich lieber am Leid der Reichen in Bangkok, die ihre Daimler, Porsche und Rolls Royce verklopfen. Nur versteckt erfährt man, daß z.B. Südkoreas Automobilkonzern KIA Lohnsenkungen von 50% verkündet hat und die Entlassung von 12 000 seiner 62 000 Beschäftigten. Ob er überleben wird, ist damit noch nicht gesichert.

Derweil nehmen die Spekulationen zu, ob ein Übergreifen der Krise auf andere Regionen noch zu verhindern ist. In Japan sitzen die großen Banken jetzt auf jeder Menge fauler Auslandskredite. Um

ihren Zusammenbruch zu verhindern, mußte die Regierung in Tokio ein Notprogramm von 135 Milliarden Dollar (ca. 240 Milliarden DM!) auflegen. Ein „Einleger-Sicherungsfonds“ darf auf staatlich verbürgte Anleihen bis zu diesem Betrag zurückgreifen, um faule Kredite abzufangen. Praktisch bedeutet das, daß die japanischen Steuerzahler die geplatzten Kredite bezahlen sollen.

Der US-Regierung war selbst dieses Programm nicht ausreichend. Denn die japanischen Banken haben in den 80er und 90er Jahren auch jede Menge US-Staatspapiere gekauft. Nun schreiben aber die Vorschriften der „Bank für Internationale Zahlungsausgleich“ (BIZ) u.a. ein Mindestmaß an flüssigen Mitteln vor. Der japanische Börsenindex NIKKEI aber fällt seit Ausbruch der Krise in Fernost und nähert sich einer „kritischen Marke“ von 15 000 Punkten. Bei dieser Marke, so die Presse, würden japanische Banken gezwungen, zur Sicherung ihrer Liquidität US-Staatschuld papiere zu verkaufen. Das will die US-Regierung auf jeden Fall verhindern, denn solche Verkäufe würden den Kurs der US-Staatspapiere drücken und US-Anleger schädigen.

Deshalb erhöhte die US-Regierung in den letzten Wochen ihren Druck auf die Regierung in Tokio immer mehr, bis diese schließlich nachgab und zusätzlich ein Konjunkturprogramm von 27 Milliarden Dollar verkündete. Der NIKKEI-Index stieg am nächsten Tag um ca. 500 auf 16 541 Punkte. Ob das reichen wird, die Krise in Fernost abzufangen, werden die nächsten Wochen zeigen. Die Erklärung des japanischen Regierungschefs Hashimoto, eine Wirtschaftskrise in Japan könne eine weltweite Rezession auslösen, dürfte nicht nur dramatische Pose gewesen sein

rül

Quellen: Handelsblatt, 15. bis 19./20.12.; Bundesbank, Auszüge aus Presseberichten Nr. 67-72/97

Anhörungstermin für RAF-Gefangene

Eskalation oder Deeskalation?

Am 4. bzw. 5.12. fanden vor dem OLG Köln Anhörungen für die Gefangenen aus der RAF Sieglinde Hofmann und Heidi Schulz für vorzeitige Haftentlassungen statt.

Die Bundesanwaltschaft hat für beide Gefangene wegen „besonderer Schwere der Schuld“ eine Mindesthaftzeit von 19 Jahren beantragt. Das würde bedeuten, daß die schwerkranken Heidi Schulz das Gefängnis erst 2001 und Sieglinde Hofmann im Mai 1999 verlassen könnten. Die Heidi Schulz behandelnden Ärztinnen und Ärzte haben dem Gericht eine Stellungnahme vorgelegt, in der sie ihren schlechten Gesundheitszustand darlegen. Das OLG wird seine Entscheidung über die Mindesthaftzeit beider Gefan-

genen bis spätestens Anfang 1998 treffen.

In Kürze wird vor dem OLG Stuttgart auch das Anhörungsverfahren für Christian Klar stattfinden. Für ihn hat die Bundesanwaltschaft eine Mindesthaftzeit von 26 Jahren beantragt. Christiane Klar, die lange unter den Bedingungen totaler Isolation gefangengehalten wurde und für den heute noch weitreichende Isolationshaftbedingungen gelten, würde danach erst in elf Jahren, also im Jahr 2008, entlassen werden.

Inzwischen ist handgreiflich, was von jeho zu befürchten war: Die langjährige Isolationshaft hat die Gesundheit aller Gefangenen aus der RAF zerrüttet, mindestens zwei – neben Heidi Schulz vor allem Helmut Pohl – sind so stark bedroht, daß um ihr Leben gefürchtet werden muß. Bei den anderen Gefangenen, die zumeist ebenfalls 15 Jahre und länger einsitzen, kann jederzeit eine ähnlich bedrohliche Situation eintreten. Die Karlsruher Behörde weiß das und kalkuliert es ein. Die Gefangenen haben längst – wie jetzt auch wieder Sieglinde Hofmann bei ihrer Anhörung – deutlich gemacht, daß sie nicht zum bewaffneten Kampf zurückkehren werden. Einen Rechtfertigungsgrund für die überlange Haft gibt es nicht.

Die Bundesanwaltschaft bezweckt mit ihren rachsüchtigen Anträgen nichts anderes, als die Gefangenen vollständig zu brechen oder im Gefängnis zu Tode zu bringen.

Helmut Pohl hat Anfang des Jahres in Übereinstimmung mit den anderen Gefangenen aus der RAF ein Gnadenersuch gestellt. Damit setzen die Gefangenen den schon lange eingeschlagenen Weg fort, den Konflikt zu deeskalieren. Es liegt an der Öffentlichkeit, die anhaltende Eskalation vor allem durch die Bundesanwaltschaft zu verhindern.

Es geht akut um die unverzügliche Freilassung der beiden schwerkranken Gefangenen und darum, für die anderen acht Gefangenen aus der RAF eine Perspektive für ihre Freilassung zu eröffnen.

scc

Deutsch-Tschechische Beziehungen

Bonn blockiert den „Zukunfts fonds“

Kurz vor Jahresende scheint der Skandal perfekt: Die Bundesregierung blockiert mit fadenscheinigen Vorwänden das Inkrafttreten des Abkommens über die Errichtung des „Zukunfts fonds“ für tschechische NS-Opfer.

Wenn der Fonds aber nicht doch noch im letzten Augenblick gebildet wird, indem Bonn das entsprechende Abkommen unterzeichnet, dann droht den tschechischen NS-Opfern weitere Zeitverzögerung, bis sie irgendwann vielleicht einmal eine Entschädigung erhalten. Denn, darauf hatte die Prager Regierung mehrfach hingewiesen: zum 1.1.1998 tritt in

der Tschechischen Republik ein neues Stiftungsrecht in Kraft, daß die Bildung der benötigten Stiftung sehr viel zeitaufwendiger macht als bisher.

Hintergrund ist ein Streit um die Besetzung des Verwaltungsrats. Die tschechische Seite soll zwei Vertreter der „Sudetendeutschen“, die vom Kanzleramt vorgeschlagen waren, obwohl ihr revisionistischer Verband die deutsch-tschechische Erklärung abgelehnt hatte, abgelehnt haben.

Am 11. Dezember hatte der Bundestag über den „Zukunfts fond“ diskutiert, damals hatte Außenminister Kinkel noch im Parlament erklärt, der Fond könne nunmehr bis Jahresende gebildet werden. *Hier die Rede der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke in dieser Bundestagsdebatte am 11. Dezember:*

„Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß seit der Verabschiedung der deutsch-tschechischen Deklaration die Zahl der NS-Opfer von 9.000 auf 8.300 gesunken ist und daß eine individuelle Entschädigung der NS-Opfer längst überfällig ist.

Herr Dr. Hirsch, natürlich wissen wir, daß dieser Zukunfts fond über Projekte entscheiden soll, die gemeinsame Interessen der NS-Opfer berücksichtigen, also Gesundheitseinrichtungen oder Al-

tersheime. Aber ich glaube, daß es wichtig ist, zu respektieren, daß es etwa 40 Prozent der jüdischen Gemeinden, aber vor allem 60 Prozent der befragten NS-Opfer ablehnen, in diese soziale Einrichtung zu ziehen.“

Ich will Ihnen einmal die NS-Opfer zitieren: Sie sagen selber, sie seien nicht bereit, „in ein weiteres Ghetto“ umzuziehen. Ich meine, daß der Respekt vor den NS-Opfern ein ganz, ganz entscheidender Punkt ist, der von der Bundesregierung mitberücksichtigt werden muß. Die Opfer selber fordern individuelle Renten. Diese, so sagen sie selber jedenfalls, würden ihnen am meisten helfen.

Meine Damen und Herren, der deutsch-tschechische Zukunfts fonds ist schon von der Kollegin Vollmer angeprochen worden. Wie Sie wissen, wurde dafür ein achtköpfiger Verwaltungsrat bestellt. Ich meine schon, daß der „Spiegel“ mit dem Titel „Bonn provoziert Prag“ nicht ganz unrecht hat angesichts der Tatsache, daß in ihn Vertriebenenfunktionäre wie Fritz Wittmann von der CSU, aber auch Volkmar Gabert von der SPD berufen worden sind.

Ich möchte Sie an die Schärfe der Auseinandersetzung erinnern, die gerade der BdV und die Sudetendeutsche Landsmannschaft in die Verhandlung der

deutsch-tschechischen Deklaration hingebraucht haben. Ich habe nicht allzuviel Zeit, um hier länger zu zitieren. Aber es ist Fakt, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft, voran der ehemalige Staatsminister Franz Neubauer, deutlich erklärt hat, man werde diese Erklärung nicht anerkennen. Es ist schon gesagt worden, daß diese Worte den deutsch-tschechischen NS-Opfern natürlich immer noch im Ohr sind.

Ich meine, daß man gerade, was die Sensibilität in diesen Fragen angeht, den Gärtner nicht zum Bock machen sollte. Es sollte darauf geachtet werden, daß diese Frage nicht einer biologischen Lösung zugeführt wird, das heißt, daß die Opfer letztendlich versterben, bevor es tatsächlich zu konkreten Entscheidungen und Beschlüssen kommt.

Zum Abschluß muß ich noch einmal mein Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß die CDU zu diesem Tagesordnungspunkt nichts beiträgt. Herr Zeitlmann, wenn Sie schon hier sitzen, verstehe ich ehrlich gesagt nicht, warum Sie sich jetzt nicht auch an der Debatte beteiligen. Ich finde, es ist ein zu ernstes Thema, um es so zu quittieren und einfach die Rede zu Protokoll zu geben.

Danke.“

•

Bundesweite Petition an den nächsten Bundestag gestartet

Für die Aufhebung des „PKK-Verbots“ – Dialog statt Verbot!

Getragen von einem breiten Trägerkreis von Erstunterzeichnenden ist Mitte Dezember eine bundesweite Petitionskampagne gegen das PKK-Verbot gestartet worden.

Ziel ist, bis zu den nächsten Bundestagswahlen im September 1998 möglichst viele Unterschriften in Gewerkschaften, Parteien, Menschenrechts-Initiativen, Kirchen usw. für die Aufhebung des nunmehr schon über vier Jahre währenden PKK-Verbots zu sammeln, die dann dem nächsten Bundestag

überreicht werden sollen. Zum Start der Kampagne wurde der im folgenden dokumentierte Brief an die Landes- und Bundesvorstände sowie die Bundestags- und Landtagsfraktionen aller Oppositionsparteien in Bonn, an den DGB-Vorstand, DGB-Landesbezirke, die Vorstände der Einzelgewerkschaften, LSVen, AStEN, Jugendorganisationen, Menschenrechtsgruppen, Flüchtlingsräte, Kirchen, Antifa- und antirassistische Gruppen usw. verschickt mit der Bitte,

diese Kampagne möglichst breitflächig zu unterstützen.

Ende Januar / Anfang Februar sollen weitere Schritte beraten werden, Plakate, Aufkleber, Anzeigen, Flugblätter usw. Die Initiatoren erhoffen sich eine breite Unterstützung, zumal sich an einer Petition sowohl Deutsche wie Ausländer/innen, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen beteiligen können – jede Stimme zählt gleichermaßen.

rül

Erstunterzeichnende: Helga Adler, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Berlin • Anna Ammon, Vorsitzende GEW Hamburg • Christian Arndt, (Pfarrer, Hamburg) • Aachener Friedenspreis, Vorstand • Antirassistische Initiative / ZAG-Redaktion, Berlin • Antidiskriminierungsbüro Wiesbaden (Arzu Altug) • Kambiz Behbahani, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin • Justus Blumenstein, Mitgl. Liga für Menschenrechte, Berlin • Siegfried Benker, Fraktionsvors. Bündnis 90/Grüne im Münchner Stadtrat • Horst Bethge, Arbeitsausschuß d. Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, Hamburg • Hans Branscheid, medico international, „Appell von Hannover“, Oberursel • Bundes-MV der BAG „Kritische Polizistinnen und Polizisten“ • Ulla Frey, Kampagne „Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen“, Wiesbaden • Fraueninitiative „Freiheit für Leyla Zana“, Düsseldorf • Dr. med Sepp Graesner, Leiter Behandlungszentrum für Folteropfer, Berlin • Prof. Dr. med. Gerhard Garweg, Hamburg • Friedel Grützmacher, MdL Bündnis 90/ Die Grünen, Mainz • IG Medien, Bezirksvorstand Berlin • Matthias Jochheim (IPPNW, Ffm.) • Jacaranda (Psychosoziale Versorgung für Immigrantinnen und im Exil lebende Frauen, Berlin) • Juso-Bundesvorstand • Ulla Jelpke, PDS-MdB, Hamburg • Sylvia-Yvonne Kaufmann, stellv. PDS-Vorsitzende • Dr. Wolfgang Kirstein, Mitglied GEW Landesvorstand Hamburg • Jürgen Korell, BAG „Kritische Polizistinnen und Polizisten“, Wiesbaden • Heiko Kretschmar, Juso-Bundesvorstand, Hamburg • Heike Krause, Rechtsanwältin, Köln • Angelika Lex, Rechtsanwältin, München • Constanze Lindemann, Bezirksvorsitzende IG Medien Berlin • Heidi Lippmann-Kasten, MdL Bündnis 90/Die Grünen, Hannover • Rüdiger Lötzer, Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein, Berlin • Landesvorstand Thüringen der HBV • Angelo Lucifero (GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus, Erfurt) • Prof. Dr. Ronald Mönch, Rektor Hochschule Bremen • Walter Malzkorn, IGM-Mitglied, VVN-Mitglied, Lohmar • Claus Metz, IPPNW, Ffm. • Jakob Moneta, PDS-Parteirat, Mitglied der IGM, Frankfurt/Main • Gerd-Erich Neumann, Stralsund, HBV, Vorsitzender Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern • Prof. Norman Paech, Hamburg • Prison Watch International e.V., Göttingen • Bodo Ramelow, Landesvorsitzender Thüringen der HBV, Erfurt • Sepp Rauch, Landesvorsitzender Bayern der HBV, München • Dipl.-Psychologin Sibylle Rothkegel, stellv. Leiterin Behandlungszentrum für Folteropfer, Berlin • Guyasettin Sayan, PDS-MdA, Berlin • Hans-Eberhard Schultz, Rechtsanwalt, Bremen • Marion Seelig, PDS-MdA, Berlin • Eckart Spoo, Journalist, IG Medien, Hannover • SOS Rassismus-Zivilcourage, Frankfurt/ Main (Gregorio Roper) • Dr. Michael Venedey, Friedenskoordination Berlin • Hans-Otto Wiebus, IG Medien, freier Journalist, München. • WADI e.V., Frankfurt/Main (Thomas v. der Osten-Sacken) u.v.a.m.

Petitions-Initiative: Für die Aufhebung des „PKK-Verbots“ – Dialog statt Verbot Berlin, im Dezember 1997

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, die vielen Aktionen, Proteste, Informations- und Diskussionsveranstaltungen gegen das vor vier Jahren, im November 1993, von Bundesinnenminister Kanther verhängte Betätigungsverbot gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihr nahestehende Vereine haben bisher bei der Regierungskoalition kein Ergebnis erzielt. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, jetzt mit Euch / Ihnen den parlamentarischen Weg einzuschlagen, eine Petition zu

organisieren – der Text ist auf dem zweiten Blatt dieses Schreibens dokumentiert – und dafür in den kommenden Wochen und Monaten überall im Bundesgebiet Unterschriften zu sammeln. Diese Unterschriften sollen nächstes Jahr im Herbst dem dann neu gewählten Deutschen Bundestag vorgelegt werden.

Mit Eurer / Ihrer Unterschrift wollen wir auch erneut für die demokratischen Grundrechte aller Menschen und für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland öffentlich eintreten.

Wir bitten Euch / Sie, die Unterstützung dieser Aktion an die unten angegebene Kontaktadresse mitzuteilen.

Wir freuen uns, wenn Ihr / Sie diese In-

itiative in eurer Organisation, Partei, Gewerkschaft usw. in geeigneter Weise unterstützen, bekannt macht und wenn möglich auch in Euren / Ihren Verteiler aufnehmt und uns so bei der Unterschriftensammlung unterstützt. Ein Blatt mit dem genauen Text der Petition und einer Unterschriftenliste auf der Rückseite liegt diesem Brief bei.

Im Januar / Februar wollen wir weitere Schritte (Plakat, Anzeigen in Zeitungen, Aufkleber, Pressekonferenz usw.) beraten. Wenn Sie / Ihr dabei aktiv mitwirken wollt, würde uns das natürlich freuen. Unsere Kontaktanschrift ist unten angegeben ...

Wir, die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen, wenden uns an den Petitionsausschuß des im September 1998 neu zu wählenden Deutschen Bundestages mit der Aufforderung, von dem künftigen Bundesminister des Innern die Aufhebung des im November 1993 erlassenen Vereins- und Betätigungsverbots gegen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK, die ERNK und ihnen zugerechnete Organisationen zu verlangen.

In den vergangenen vier Jahren hat dieses Verbot zu Tausenden von Strafverfahren, Prozessen und Verurteilungen wegen des Verstoßes gegen § 20 des Ver einsgesetzes geführt, zur Schikanierung von Teilnehmern an Familienfesten, zu Verbots kurdischer Infostände und Veranstaltungen aller Art, von Friedensdemonstrationen, Kundgebungen, Hungerstreiks oder von kurdischen Neujahrsfesten wie dem Newroz. Die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit sind speziell für die kurdische Minderheit in der Bundesrepublik massiv eingeschränkt.

Selbstverständlich muß auf Straftaten juristisch reagiert werden. Das PKK-Betätigungsverbot aber bewirkt eine flächendeckende und pauschale Verfolgung und Diskriminierung der gesamten

kurdischen Minderheit in diesem Land. Einzelne Ausnahmen von Verbots bei Veranstaltungen und Vereinen in einzelnen Bundesländern oder einzelne gerichtliche „Deals“ lösen dieses Problem nicht. Die Einschränkung von Grundrechten einer Minderheit bedeutet auch immer eine Gefahr für die Grundrechte aller und für die Demokratie in unserem Land. Schon jetzt treffen Vereinsverbote zugleich Deutsch-Kurdische Freundschaftsvereine, kulturelle und humanitäre Organisationen, die sich gegen Waffenexporte, für eine friedliche Lösung und für eine Beendigung des Krieges in der Türkei einsetzen.

Auch die deutsche Außenpolitik sollte sich statt ausschließlich für Wirtschaftsinteressen um die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht bemühen. Insbesondere in der kurdischen Frage zeugen die Waffenexporte in die Krisenregion davon, daß Wirtschafts- und geopolitische Interessen bisher ausschlaggebende Kriterien sind.

Die Beispiele im Nahen Osten, in Südafrika und in Irland machen deutlich, daß der offene Dialog mit allen Konfliktparteien die Voraussetzung für den Friedensprozeß ist. Zwar gibt es nach den 1993 verhängten Verbots inzwischen wieder vereinzelt Gespräche mit der PKK. Die

Situation ist dadurch etwas entspannter als 1993 geworden. Aber von einer Einstellung der Waffenlieferungen an die Türkei, von der Achtung der Menschenrechte der Kurden und einer Förderung des Dialogs zur Lösung der kurdischen Frage ist die deutsche Politik noch weit entfernt. Die einseitige Unterstützung der türkischen Seite dauert an, das PKK-Verbot besteht weiter.

Mit der Aufhebung der Illegalisierung von PKK und ERNK kann die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der türkischen Regierung ein Signal setzen, endlich den Dialog für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage zu beginnen. Dies wäre zugleich ein Signal für die hier lebenden etwa 500.000 Kurddinnen und Kurden, daß ihnen nicht weiter die demokratischen Grundrechte verwehrt bleiben.

Das Vereins- und Betätigungsverbot des Bundesinnenministers hat sich als Mittel der Eskalation erwiesen mit der Folge immer weiterer Strafverfolgung in der Bundesrepublik. Zugleich wurde damit die türkische Regierung ermuntert, an ihrer militärischen Kurdenpolitik festzuhalten. Notwendig ist aber Deeskalation und offene politische Auseinandersetzung. Notwendig ist Dialog statt Verbot.

Kontakt: Rüdiger Lötzer, c/o GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39. Fax 030 / 69 40 10 41.

Spendenkonto: Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Berlin e.V., Berliner Sparkasse, Konto Nr. 1440030584, BLZ 100 500 00, Stichwort: „Petition“.

Weitere Unterzeichner bis 21.12.97:

Antifaschistische Arbeitsgruppe Uelzen • Dipl. Päd. Salah Ahmad, Mitarbeiter des Behandlungszentrums für Folteropfer, Berlin • Elfi Andrack, Kaltenkirchen, Betriebsräte HBV • Wolfram Altekrüger, Wittenberg, Betriebsratsvorsitzender IG BCE • Roswitha Atts, Leipzig • Maria Behrent, Markt-Schwaben • Verena Brachvogel, Mitgli. im ÖTV-Bezirksvorstand HH • RA Peter Brasche (Berlin) • Barbara Borchardt, stellv. Landesvorsitzende der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg • Peter Brück, HBV, Sekretär München • Eva Bulling-Schröter (PDS-MdB, Ingolstadt) • Wolfgang Berndt, Sulzbach-Rosenberg, PDS • Claudia Dreßler, Gewerkschaftssekretärin HBV, OV München • RA Burkhard Draeger (Berlin) • Dagmar Fries, HBV, Sekretärin der Landesleitung Bayern • Maria Garweg, Arzthelferin, Hamburg • Günther Gerstenberg, München • Heiderose Gläß, Löbau, Mitglied der IG BAU • RAin Kristin Hartmann (Berlin) • Wolfgang Hauf, Nürnberg,

PDS • Jochen Hoyka, ÖTV-Mitglied, Berlin • Jörg Hulverscheidt, Magdeburg, Mitglied des ÖTV-Berlats • Jürgen Jürgens, Gewerkschaftssekretär HBV Landesleitung Bayern • Margitta Klug, Bundessprecherin der AG Betriebe und Gewerkschaften in der PDS, Mitglied der IG BCE • Andreas Kühn, Sekretär der IG Medien Berlin • Andreas Köhn, stellvertretender Landesvorsitzender der IG Medien Berlin-Brandenburg • Andreas Kranz, Wedel, VK-Vorsitzender bei Impress Metall Packing Werk Wedel, IGM • Landesverband der Jungsozialisten Bayern • Landesverband Niedersachsen der PDS • Martin Lesch, Gewerkschaftssekretär HBV, Leipzig • Ulla Lötzer, Gewerkschaftssekretärin HBV, Köln • Landesvorstand Bayern der PDS • Hartmut Obens, Hamburg, ÖTV-Mitglied • Jörg Oberkampf, BR-Vors. Gesamthafenbetrieb Hamburg • Michaela Ostermeier, HBV München • Jolanthe Putz, Riemerling, PDS • Han nelore Reiner, Sprecherin der Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV Berlin • RA Peter Rudel, Ber-

lin • Dagmar Rüdenburg, Gewerkschaftssekretein HBV, OV München • Johannes Rösch, HBV, Sekretär Nürnberg • Jürgen Schramm, Weiden, PDS • Dr. Hella Schlumberger, München • Erich Starkl, HBV, Sekretär OV München • Angelika Skrzypczak, Frauenvertreterin ÖTV, Berlin • Alexander Süßmair, Stadtbergen, PDS • Isabelle Stoll, Nürnberg, PDS • Gerd Siebert, Borstorf/Mölln, Mitglied IG Medien • Reinhard Schwandt, stellv. Vors. Fachgruppe Versicherungen des HBV-Landesbezirks Nord • RA Stefan Schrage (Berlin) • Hubert Thiermeyer, HBV, Sekretär der Landesleitung Bayern • Jürgen Volz, HBV, Sekretär Würzburg • Laura von Wimmersperg (Friedenskoordination, Berlin) • Gabriele Wächtler, IGM, Mitglied der Tarifkommission Küste • Georg Wäsler, HBV, Geschäftsführer Sekretär OV München • Brigitte Wolf, München, PDS • Holger Zerrahn, Hamburg, Vertrauensmann IG BCE • Brigitte Zick, Personalratsvorsitzende, ÖTV, Berlin • RA Conrad Zimmer (Berlin) •

Die ERNK zur Krise EU-Türkei

Die Nationale Befreiungsfront Kurdistans hat am 17. Dezember in einer Erklärung zur Krise der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU das EU-Argument der „religiösen Unterschiede“ kritisiert. Zugleich teilte sie mit, daß der PKK-Vorsitzende Öcalan in einem Brief an die Staatspräsidenten der EU erneut an diese appelliert habe, sich für eine politische Lösung in Kurdistan einzusetzen.

Als Ursache für die Ablehnung einer balldigen Aufnahme der Türkei in die EU benannten türkische Regierungsvertreter die bestehenden religiösen Unterschiede. Die Betonung religiöser Gegensätze konnte man schon vor zwei Jahren beobachten. 1995 wurde durch die damalige Regierung die Gefahr eines islamischen Fundamentalismus an die Wand gemalt, um bei den europäischen Staaten die zügige Aufnahme in die Zollunion als eines Aktes der Westbindung zu erreichen.

In der Türkei herrscht eine Scheindemokratie. Das türkische Regime ist weder bereit, die kurdische Frage noch das Zypernproblem friedlich zu lösen.

Nordzypern wird weiterhin von türkischem Militär besetzt. Die Verantwortlichen in der Türkei sind nicht willens, die notwendigen Schritte zu gehen, um die Zypernfrage zu lösen. Seit dem 14.5. dieses Jahres halten türkische Streitkräfte zudem Gebiete in Südkurdistan (Nordirak) besetzt. Regierungsvertreter erklärten in Ankara, sie würden in Südkurdistan eine „Sicherheitszone“ errichten.

Wir halten die Entscheidung der Europäischen Union für richtig, in Anbetracht dieser Tatsachen keine Aufnahmegerichte mit der Türkei zu führen. Des weiteren erachten wir es für wichtig, daß als Voraussetzung für eine Aufnahme die Einhaltung der Menschenrechte, die Respektierung allgemeiner Freiheitsrechte und demokratischer Prinzipien genannt wurden. Die Notwendigkeit der Einleitung wirtschaftlicher, politischer und demokratischer Reformen in der Türkei wurde erneut offenbar.

In einem Brief an die Staatspräsidenten der Mitgliedsstaaten schreibt der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, daß die PKK bereit sei, einen erneuten Waffenstillstand anzubieten, um eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage zu finden und die Tür zum Dialog zu öffnen.

Unter den Bedingungen, daß die grundlegenden Rechte des kurdischen Volkes anerkannt, daß in Zukunft keine militärischen Operationen in Südkurdistan durchgeführt und daß gemäß den europäischen demokratischen Prinzipien allen politischen Parteien, auch der PKK, die elementaren Freiheiten zugestanden würden, sei die PKK nicht gegen eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union.

(Kurdistan-Informationszentrum Köln, 17.12.97)



Srilankische Militäreinheiten patrouillieren in der Provinzhauptstadt Jaffna und schützen dort das Finanzkapital vor den Angriff der tamilischen Rebellen.

Tamilischer Unabhängigkeitskampf geht unter vielen Opfern weiter

Sri Lanka: amnesty spricht von 600 Vermissten

Für die Insel östlich von Indien gibt es keine guten Nachrichten; einer der längsten Kriege um die Unabhängigkeit der tamilischen Bevölkerung im Norden fordert immer mehr Tote. Von mehr als 600 vermissten (d.h. toten) Gefangenen berichtete kürzlich amnesty international (ai), deren voriger Verbleib im Gefängnis von ai noch nachgewiesen werden konnte. In der Region nördlich von Vavuniya versucht derzeit das sri-lankische Militär den Durchbruch nach Norden - nachdem sie vor etwa einem Jahr die Stadt Jaffna eingenommen hatten und dort aber ziemlich isoliert blieben.

1948 wurde – damals – Ceylon von der britischen Mandatsherrschaft in die so genannte Unabhängigkeit entlassen; seit dieser Zeit ist der Konflikt um den Norden der Insel virulent. Besiedlungsprogramme mit singalesischer Mehrheit, Benachteiligung der tamilischen Minderheit, Sprachenpolitik, flächendeckende Verfolgungsjagden, usw. Seit mehr als 20 Jahren sind Terrormaßnahmen der Regierung in Colombo zu verzeichnen, kein Ende in Sicht.

Auch als die indische Armee Ende der 80er Jahre in den Norden der Insel übersetzte, um Ruhe zu bringen, mußten sie schließlich 1990 erfolglos abziehen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die LTTE (1976 gegründet) etwa zwei Drittel des tamilischen Gebiets unter ihrer Kontrolle,

führte eine eigene Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Exekutive ein.

Heute findet sich die LTTE auf der von den USA entwickelten Liste der weltweit gefährlichsten Terrororganisationen wieder, sehr zur Zufriedenheit der Regierung in Colombo. Dafür hatte die Regierung einiges unternommen – ihre Botschaften in den USA und Europa denunzierten seit Jahren tamilische Personen als LTTE-Anhänger. Sie selbst haben zu dieser Entwicklung erheblich beigetragen; fast sämtliche moderaten Kräfte sind in dem Konflikt zwischen LTTE und dem sri-lankischen Militär verschlossen worden. Soweit Zahlen überhaupt etwas aussagen, sind dort inzwischen mehr als 50 000 Menschen ums Leben gekommen, Folterungen, Vergewaltigungen, Vegetieren in Flüchtlingslagern und andere Entmenschlichungen finden täglich statt. Eine politische Lösung, wiewohl immer wieder propagandistisch von der Regierung vorgetragen, ist nicht in Sicht. So genannte Friedensverhandlungen, die in einer kurzen Periode im Frühjahr 1995 stattfanden, haben sich längst im neuen Schlachtenlärm totgelaufen. Beide Seiten konnten sich damals nicht auf folgende Forderungen einigen: Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegenüber dem Norden, Rückkehrmöglichkeiten für Flüchtlinge, Aufhebung der Seeblockade, Öffnung und freier Zugang zum Nor-

den, d.h. Abzug des Militärs. Während der Zeit der Verhandlungen sollte nicht geschossen werden. Chandrika Kumaratunga, angetreten als Friedenspräsidentin, setzte bald wieder auf das Motto Frieden durch Krieg; Sonnenschein hieß eine der Offensiven der Armee zur Zerstörung der tamilischen Infrastruktur.

Warum dieser vor der Weltöffentlichkeit gerne versteckte Krieg? Strategische Interessen von Großmächten sind derzeit kaum zu erkennen, sieht man einmal von einer ambivalenten Haltung Indiens ab, die im indischen Bundesstaat Tamil Nadu mit 60 Millionen (indische) Tamilen eine große Gruppe haben, die sich in humanitärer Hinsicht mit dem tamilischen Bevölkerungsanteil in Sri Lanka solidarisch fühlt – die größten Flüchtlingsbewegungen enden zunächst in Tamil Nadu.

Indien will deshalb keine eindeutige Parteinaufnahme für Colombo. Bodenschätzungen sind nicht von starkem strategischem Interesse, allenfalls die vielen unterbezahlten WanderarbeiterInnen in den Teeplantagen oder die – bislang noch sicheren, weil abgesicherten – Touristikzentren, oft auch mit pädophilen Hintergründen. TouristInnen und andere Abenteurer durchkreuzen den Süden und den Westen des Landes, der Norden ist praktisch gesperrt.

Wenn die LTTE in den letzten Jahren vermehrt zu spektakulären Aktionen in Colombo übergegangen ist, so soll damit Druck auf die Regierung gemacht werden, den Norden nicht länger zu beanspruchen. Anderseits wehrt sich die tamilische Guerilla dagegen, daß in Colombo jeder junge Tamile (oder junge Tamilin) als LTTE-verdächtig eingesperrt wird, nur weil sie über keine Aufenthaltsgenehmigung verfügen, in heruntergekommenen Lodges leben müssen und daher eher den Weg nach Europa suchen.

Dort wird ihnen dann – zum Beispiel von deutschen Gerichten – erklärt, wie sicher es doch auch für sie noch immer in Colombo sei.

mc

Baskenland

ETA-Anschlag contra Massenmobilisierung für Herri Batasuna

Zunächst sah es so aus, als ob weite Teile der Gesellschaft des spanischen Baskenlandes im Rahmen der Solidarität mit den zu sieben Jahren Gefängnis verurteilten Politikern Herri Batasunas zusammenfinden würden.

Am 7. Dezember billigte die 5. Bundesversammlung der gesamtspanischen „Vereinigten Linken“ (IU) eine Resolution, die die IU des Baskenlandes vorgelegt hatte und in der das Gerichtsurteil gegen die Mesa Nacional HBs kritisiert und beklagt wird. Die Resolution, die nicht die Unterstützung des IU-Generalkoordinators Julio Anguita fand, bezeichnet die Strafentscheidung des obersten spanischen Gerichts als „Hindernis für den Prozeß der Befriedung des Baskenlandes“ und als „Bedrohung für die Zukunft der Äußerungsfreiheit“.

Die größte Gewerkschaft des spanischen Baskenlandes, ELA, die Gewerkschaft Herri Batasunas, LAB, und die baskische Bürgerbewegung für politischen Dialog „Elkarri“ beschlossen gemeinsam eine Großdemonstration für Samstag, den 13. Dezember, und eine Arbeitsniederlegung von zwei Stunden für Montag, den 15. Dezember, um Freiheit für die Mesa Nacional Herri Batasunas zu fordern. Repräsentanten der „Vereinigten Linken“ und der baskischen Partei EA bekundeten ihre Absicht, an der Demonstration teilzunehmen.

In die Vorbereitungen zu den Solidaritätsaktionen platzte ein tödliches Attentat, das der ETA zugeschrieben wird: Am 11. Dezember tötete ein Bewaffneter den Gemeinderat von Orereta Jose Luis Caso (PP). Nach der Ermordung des PP-Gemeinderates sagten die Gewerkschaf-

ten ELA und LAB die geplante Demonstration und die Arbeitsniederlegung ab. Der Generalsekretär der baskischen Gewerkschaft ELA, Jose Elorrieta, beschuldigte die ETA, die Öffnung eines Raumes für politische Entspannung, die äußerst vielen Leuten Hoffnung gemacht habe, nicht zu akzeptieren. Die ETA sei nicht nur überflüssig, sie sei darüber hinaus hinderlich. Dagegen habe sich die gute Beziehung zwischen ELA und LAB gefestigt.

Anstelle der geplanten Großdemonstration für die Freiheit der Mesa Nacional Herri Batasunas fand am 13.12. in Donostia (San Sebastian) eine Demonstration statt, auf der 50.000 Menschen die Gewalt der ETA anprangerten und „Frieden jetzt und für immer“ forderten. Die Spitzenpolitiker aller im Baskenland tätigen Parteien mit Ausnahme HBs beteiligten sich.

Herri Batasuna mobilisierte am Montag, dem 15. Dezember, 5.000 Schüler und Studenten, die eine demokratische Lösung des Konflikts im Baskenland verlangten. Ebenfalls etwa 5.000 Menschen folgten einem Aufruf Herri Batasunas, am Abend des 15. Dezember für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu demonstrieren. Das ist für die Verhältnisse Herri Batasunas eine recht magere Beteiligung.

Der politische Chronist Xabier Goni nennt im „egin“ das ETA-Attentat einen „schweren Irrtum“. Der Schriftsteller Jose Luis Alvarez Enparantza „Txillardegi“, ETA-Aktivist der Franco-Ära und dann Politiker Herri Batasunas, stellt in der baskischen Tageszeitung „Euskaldunon egunkaria“ die Frage nach den Nutznießern des Attentats und denkt an „Infiltrationen“ und „pseudoradikale Maskerade“ bei der ETA. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß sich nach einem Bericht im „egin“ spanische rechtsradikale Organisationen rühmen, Mitglieder in Zusammenhänge der baskischen Linken eingeschleust zu haben.

Manfred Ostrowski

LTI in der FAZ

„Eine solche Feststellung, nämlich, daß ein ganzes Volk barbarisch und kriminell ist, ist schwerwiegend, aber Tatsachen belegen es.“

Wer vertrieb und massakrierte die albanische Bevölkerung aus der Gegend von Nis am Ende des letzten Jahrhunderts, wer quälte, mordete und schädigte für lange Zeit die albanische Nation in den Balkankriegen, wer mordete Bulgaren, Rumänen, Ungarn und Bosnier und trennte ihnen ganze Gebiete ab, wer diskriminierte und vertrieb für immer das deutsche (!), ungarische, rumänische und kroatische Volk aus der Vojvodina?

Wer tötete während derselben Zeit

Unschuldige in Slowenien, wer massakrierte und verletzte schwer das kroatische Volk, wer verbrannte und vergewaltigte das bosnische Volk und versuchte, es von der Erdoberfläche zu verbannen, wer übt seit über einem Jahrhundert in Kosova und im Sandzak Apartheid und Völkermord, wer anders als die Serben?

... die Vorhut des Verbrechens, genannt serbische Intelligenz ... bemüht sich auch dieses Mal wieder ... die Schuld von Serbien und dem serbischen Volk wegzuschieben ..., um das verbrecherische Volk vor Strafe zu bewahren ..., das nun seit über einem Jahrhundert den Balkan terrorisiert ...

Wenn die Welt Serbien nicht endgültig in die Knie zwingt, wird es einen

Krieg von europäischem Ausmaß oder noch mehr auslösen. Ein Volk, das Verbrecher unterhält und unterstützt, muß unbedingt bestraft werden.“

(Die FAZ vom 22. November 1997 zu einem Appell der serbischen Akademie der Wissenschaften und von Repräsentanten der serbischen Kultur und der serbisch-orthodoxen Kirche an das Den-Haager „Tribunal“)

entnommen aus den „Weißenseer Blättern“ Nr. 5/1997.

LTI = Lingua Tertiae Imperii, Die Sprache des Dritten Reiches, nach dem gleichnamigen Buch von Viktor Klemperer.

Landlosenbewegung will Wiederwahl von Cardoso verhindern

Von Flavio Lenz

(Rio de Janeiro, 17.12., npl).- Die brasilianische Landlosenbewegung (MST – Movimento Sem Terra) hat sich für kommendes Jahr viel vorgenommen. Sie will verhindern, daß der sozialdemokratische Präsident Henrique Cardoso im Oktober wiedergewählt wird.

Vergangene Woche kündigte der MST an, Hunderttausende Semterrass (Landlose) würden den Kandidaten der oppositionellen Arbeiterpartei PT, Ignacio Lula da Silva, unterstützen. Schon bei seinen beiden ersten – erfolglosen – Anläufen 1989 und 1994 konnte Lula auf die Sympathien der Landarbeiter zählen, doch hatte der MST damals kaum Präsenz in den Medien. MST-Sprecher Pedro Stedile: „Wir werden das ganze Land in Aufruhr bringen, denn nur Lula kann dem neoliberalen Modell eine realistische Alternative entgegensetzen.“

Seit einigen Jahren sind die Semterrass die mit Abstand einflußreichste Bewegung in Brasilien. Ihre Forderung nach einer zügigen Landreform im fünfgrößten Land der Welt, in dem weniger als ein Prozent der Grundbesitzer 55% des fruchtbaren Bodens ihr eigen nennen und zumeist nur extensiv bewirtschaften, unterstützen Umfragen zufolge neun von zehn Brasilianer. In allen Bundesstaaten haben die Semterrass brachliegendes Land besetzt. So entstanden 5507 Siedlungen, von denen viele nach langem Ringen inzwischen legalisiert sind. Die oft in den Slums der Großstädte rekrutierten Besetzer ernähren sich durch den Anbau von Lebensmitteln und erwirtschaften Überschüsse, mit denen Schulen und andere Einrichtungen finanziert werden.

Wenn es dem MST gelingen sollte, sein erstaunliches Mobilisierungsgeschick im Wahlkampf zur Geltung zu bringen, könnte der bislang erfolgreich regierende Cardoso Schwierigkeiten bekommen. Durch seine neoliberalen Wirtschaftspolitik war es dem Intellektuellen, der in den 70er Jahren noch linksradikaler Gegner der Militärdiktatur war, gelungen, eine stabile Währung zu schaffen. Doch immer mehr Menschen, die Cardoso die wieder gewonnene Kaufkraft ihres wenigen Geldes danken, klagen über Verlust an Arbeitsplätzen und sozialen Leistungen.

Schon dieses Jahr haben die Aktionen des MST, der Anfang der 80er Jahre aus katholischen Basisgemeinden hervorging, großes Aufsehen erregt. Die Semterrass organisierten einen zweimonatigen Marsch auf die Hauptstadt Brasilia, der mit einer landesweit übertragenen Demonstration zum Jahrestag eines Mas-



Zehntausende Menschen demonstrieren in der südbrasilianischen Industriestadt São Bernardo do Campo bei São Paulo gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Cardoso. Der Vorsitzende und Präsidentschaftskandidat der Arbeiterpartei (PT), Luiz Inazio Lula da Silva, machte in seiner Rede die Regierung für den Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich.

sakers, bei dem am 17.4.96 19 Landlose im nördlichen Bundesstaat Para von der Polizei erschossen wurden, endete. Drei Monate später demonstrierten sie in 13 Landeshauptstädten, immer die gleiche Forderung: Eine gerechte Agrarreform.

Auch die Justiz bescherte dem MST Schlagzeilen. Ein Gericht in Espírito Santo verurteilte den MST-Koordinator Jose Rainha wegen angeblichen Mordes zu 26 Jahren Haft. Diesen Ausgang des als politisch bezeichneten Prozesses bedauerte sogar Präsident Cardoso: „Die Geschworenen haben sich möglicherweise geirrt.“ Nicht auszuschließen, da diese zumeist Angehörige und Freunde des getöteten Grundbesitzers waren. Die Revision findet 1998 statt.

Doch warum solch solidarische Haltung gegenüber dem Motor der Opposition? Zum einen, weil eine Agrarreform auch zum Regierungsprogramm gehört und ihre Durchführung längst nationaler Konsens ist. Die Kriminalisierung besetzender Landloser ist dadurch für die Regierung schwierig geworden. Andererseits ist es den Semterrass gelungen, andere soziale Bewegungen und Unzufriedene zu integrieren. Gemeinsam mit Arbeitslosen kritisieren sie die Privatisierungspolitik, unterstützen Obdachlose bei der Besetzung leerstehender Gebäude und sogar Teile der Polizei, die im Juli für höhere Löhne streikten, konnte auf verbale Unterstützung des MST rechnen.

Das Vorgehen der Semterrass, friedlich und unermüdlich auf ihre Rechte zu pochen, ist überzeugend. 1997 organisierten sie 180 neue Besetzungen, durch die 60 000 Familien eine neue Bleibe fanden. Vor jeder Besetzung wird genau geprüft, ob das betreffende Land wirklich unzureichend genutzt wird und wie die Besitzverhältnisse sind. Sind die mit Plastikplanen gedeckten Hütten erst einmal errichtet, wird der Alltag organisiert. Je

zehn Familien wählen einen Vertreter, so daß Gremien entstehen, die das Lager basisdemokratisch leiten. Es werden Kommissionen gebildet, die sich um gemeinsames Kochen, den Bau der Siedlung sowie die Aufteilung des Landes, Öffentlichkeitsarbeit und den Schutz des Geländes organisieren. Es gelten strenge Regeln: Wer betrunken ins Lager kommt, wird ermahnt, wer die Frau eines anderen belästigt, muß gehen.

Nicht immer bleibt es friedfertig. In einigen Landesteilen haben Grundbesitzer bewaffnete Banden angeheuert, die Besetzungen verhindern sollen und Semterrass verfolgen. Mehrere Hundert Landlose sind bereits getötet worden.

Eingekeilt zwischen den Forderungen beider Seiten, siedelt die Regierung Landlose auf enteigneten Ländereien an. 82 000 Familien sollen es dieses Jahr gewesen sein, der MST meint, es waren nur 58 000. Haarspaltere, vergleicht man die Zahlen mit den Zielen der Semterrass: 4,5 Millionen Familien sollen möglichst bald angesiedelt werden, während die Regierung bis Ende kommenden Jahres 280 000 Familien Land in Aussicht stellt.

Das im November von der Regierung geschränkte Wirtschaftspaket spielt der Opposition in die Hände. Dadurch werde die soziale Krise weiter verschärft, glaubt Jose Stedile. Zwar konnten die erhöhten Zinsen die Kapitalflucht ins Ausland bremsen, andererseits wurden Kredite für Kleinproduzenten unerschwinglich, wodurch Rezession und noch mehr Arbeitslosigkeit droht.

Diese pessimistische Einschätzung hat die MST-Führung bewogen, sich Lulas Arbeiterpartei anzunähern. Dieser hat im Gegenzug eine schnelle Durchführung der Agrarreform und Verhandlungen mit der Landlosenbewegung über die Wirtschaftspolitik im Falle eines Wahlsieges zugesagt.



Italienischen Milchbauern demonstrieren in Venedig auf dem Canale Grande gegen die Quotenregelung für Milch der Europäischen Union. Gleichzeitig wurden von anderen Bauern die Zufahrtsstraßen nach Rom blockiert.

Rom: Kommunisten in der neuen Stadtregierung

Der wiedergewählte Bürgermeister von Rom, Francesco Rutelli von den Grünen, hat zwei Kommunisten in seine neue Stadtregierung berufen.

Damit werde das entschiedene Engagement der Rifondazione Comunista in der Wahlkampagne sowie ihr Einsatz für die Interessen der Bürger der Hauptstadt anerkannt, betonte Rutelli. Rutelli errang mit 60 Prozent am 16. Oktober dieses Jahres einen großen Sieg, zu dem die Partei der Kommunisten mit 8,8 Prozent beigetragen hatte.

Die beiden Kommunisten besetzen die Assessorate für Wohnungsbau und Arbeitsbeschaffung sowie für Gesundheitswesen, Ressorts, in denen sie sich in über 20jähriger Tätigkeit große Kompetenz erwarben. Die Sekretärin der römischen RC, Patricia Sentinelli, bezeichnete die Berufung der beiden Kommunisten als großen Schritt einer linken Orientierung in Rom.

Von einer kritischen Bestandsaufnahme der jüngsten Wahlergebnisse geprägt war die jüngste Tagung des politischen Führungsgremiums der Partei der italienischen Kommunisten (Rifondazione Comunista – PRC) am 22. und 23. November.

Der Parteivorsitzende Armando Cosuta verwies in einer Rede darauf, daß die Ergebnisse der jüngsten Teil-Kommunalwahlen in mehreren italienischen Städten für die PRC „sehr schlecht“ gewesen seien.

Währenddessen habe die regierende „Mitte-Links-Koalition“ des „Olivenbaums“, die im Parlament von den kommunistischen Abgeordneten unterstützt wurde, einen großen Wahlerfolg zu verzeichnen gehabt.

Studentenproteste gegen die Bildungspolitik auch in Italien

Auch in Italien protestieren die Studenten gegen die unzureichende Bereitstellung bzw. Kürzung von öffentlichen Mitteln für die Hochschulen. Am 22. November fand eine Demonstration mit rund 20 000 Teilnehmern in Rom statt, um von der italienischen „Mitte-Links-Regierung“ eine Änderung der vorgesehenen Etatplanung für den Haushalt 1998 zugunsten des Bildungswesens zu fordern. Rund 50 Busse hatten Abordnungen von allen Hochschulen des Landes in die Hauptstadt gebracht.

Die Demonstration war von dem linksorientierten „Rete“ (Allgemeiner Studentenverband), dem Verband der Hochschulbeschäftigte und der Vereinigung junger Künstler organisiert worden.

Mexikanische Frauen zur Sklavenarbeit nach Israel verschleppt

Mexikanische Frauen sind von Schleppern für jeweils 5 000 US-Dollar als Hausmädchen nach Israel verkauft worden, wo sie in sklavenähnlichen Verhältnissen arbeiten mußten.

Offiziellen Angaben zufolge haben mexikanische Diplomaten in Israel bereits sechs junge Frauen, die von ihren Arbeitgebern mißhandelt, diskriminiert und eingesperrt worden waren, befreit und in ihr Heimatland zurückgeschickt.

Die Frauen seien unter falschen Versprechungen nach Israel gelockt worden, erklärten die mexikanischen Behörden. Es bestehe der dringende Verdacht, daß dort noch weitere Mexikanerinnen auf diese Weise ausgebeutet würden. Gegen mehrere mutmaßliche Menschenhändler werde bereits ermittelt.

Australien: Internationale Solidarität verhindert Streikbrechereinsatz

In einer australischen Armeezeitung erschien vor einigen Wochen eine Anzeige, die hochbezahlte Ausbildung und Arbeit im Hafenbereich anbot. Die Ausbildung sollte im Emirat Dubai stattfinden.

Teilnehmer dieser Ausbildung wandten sich aber an die „Maritime Union of Australia“ (MUA), und die enthüllte nun, um was es bei dieser Ausbildung ging. „Wir sollten als Streikbrecher und Gewerkschaftszerstörer eingesetzt werden. Nach unserem Training in Dubai sollten wir in Australien, ganz geheim, weitere Leute ausbilden.“ Eine parlamentarische Anfrage der Labour-Party brachte den Skandal ans Licht. Es stellte sich heraus, das australische Kapitalisten hinter der Sache stecken.

Die MUA wandte sich darauf an die „International Transport Workers Federation“ in London. Eine internationale Versammlung von Hafenarbeitern wurde daraufhin in London zusammengerufen. Von da aus ging eine Warnung an die Emirate: Stopp der Ausbildung der Streikbrecher und deren Ausweisung, oder es wird ein Boykott aller Schiffe ausgerufen. Die Regierungen der Emirate reagierten sofort und wiesen die zukünftigen Streikbrecher aus.

Südkorea: Schlechtes Wahlergebnis für linken Gewerkschafter

Nur 1,2% der Stimmen erhielt der Vorsitzende der südkoreanischen Gewerkschaft KCTU Kwan Young Gil bei den Präsidentschaftswahlen (siehe Politische Berichte Nr. 24/97).

Kwan Young Gil war von einem Bündnis mit dem Namen „Allianz für Demokratie und Wiedervereinigung“ aufgestellt worden. Deren Hauptforderungen waren: Auflösung der Wirtschaftskonglomerate (Chaebols), eine Ende der Repression gegen die demokratischen Bewegungen und Wiedervereinigung mit Nordkorea.

Die 306 000 Stimmen war das unterste was erwartet wurde. Nicht einmal die 600 000 Gewerkschaftsmitglieder stimmten für Kwan.

Aus dem Wahlkampfstab von Kwan heißt es dazu, daß dies ein Zeichen für den Ökonomismus der Arbeiter sei. Sie würden zwar militant für die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen, hätten aber wenig politisches Bewußtsein. Eine starke linke Partei wäre darum um so nötiger. Das Bündnis will jetzt an dieser Aufgabe weiterarbeiten.

Im Januar und Februar soll es wieder einen Generalstreik gegen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds geben, der für die Gewährung eines 60 Mrd. Dollar Kreditpaketes an Südkorea einen umfassenden Abbau von Arbeiterschutzrechten fordert.

(Zusammenstellung: hav)



Schweinfurt. Mitglieder des Ausländerbeirats, Kinder, Eltern und BetreuerInnen des Kindergartens Dreieinigkeit, KünstlerInnen, Träger der Freien Kultur, das Schweinfurter Frauенplenum und Delegationen gewerkschaftlicher und sozialer Institutionen und Verbände protestierten am 2. Dezember vor dem Stadtrat gegen die massiven Kürzungen im Sozial- und

Kulturbereich. Die CSU-Fraktion setzte sie durch, stimmte den SPD-Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuern nieder und kommentierte die SPD-Änderungsvorschläge, die auf sozial ausgewogenere Kürzungen abzielten höhnisch als „Gemischtwarenladen“, „unernst“ und „völlig deplaziert“.

nachrichten&Standpunkte Schweinfurt

Antrag kritischer Aktionäre des RWE findet Unterstützung

ESSEN. Immerhin 16% aller Stimmen erhielt auf der Hauptversammlung des RWE am 11.12.1998 ein Antrag des Kreises Mettmann, der den RWE zur kosten-deckenden Vergütung für Solar- und Wind-Strom durch den RWE verpflichten wollte. Damit soll ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Der Antrag geht auf eine Initiative der Kritischen Aktionäre zurück, an deren Aktion vor der Hauptversammlung sich dieses Jahr nur wenige beteiligten. Neben dem Kreis Mettmann gaben sieben weitere kommunale Aktionäre ihre Mehrfachstimmrechte für den Antrag ab, u.a. der Kreis Aachen, der Landschaftsverband Rheinland, Siegen, Mülheim und Gladbeck. Sicherlich für das RWE noch ein Grund mehr, das kommunale Mehrheitsstimmrecht auszuhebeln. – Der Konzerngewinn stieg wieder kräftig von 831 Mio. DM auf 889 Mio.

syb

Rechte Kundgebung in Frankfurt/M.

FRANKFURT/MAIN. Der FPÖ-nahe „Bund Freier Bürger“ (BFB) um den ehemaligen FDP-Funktionär Manfred Brunner will am 14. März 1998 eine Großkundgebung vor der Frankfurter Paulskirche durchführen. Die aus Anlaß des 150. Jahrestages der bürgerlichen Revolution von 1848 durchgeführte Kundgebung soll unter dem Motto „Wir sind das Volk“ stattfinden. Als Redner auftreten sollen neben dem BFB-Vorsitzenden Brunner auch der hessische Landtagsabgeordnete Heiner Kappel und der stellvertretende Vorsitzende des BFB, Bernd-Thomas Ramb. Letzterer ist zugleich Autor in der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Nach einem Demonstrationszug zum Sitz der Deutschen Bundesbank soll nach einer kurzen Kundgebung ein Staffellauf

nach Bonn beginnen, der am 16. März am Präsidialflügel des Deutschen Bundestages eintreffen soll. Dort sollen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth über 200 000 Unterschriften für eine Volksabstimmung über die Einführung des Euro übergeben werden.

hma

Keine Instrumentalisierung von TaxifahrerInnen für die rassistische Politik deutscher Behörden!

HAMBURG. Im März 97 wurden zwei Taxifahrer aus der sächsischen Grenzstadt Zittau vom örtlichen Amtsgericht zu Haftstrafen von jeweils mehr als einem Jahr verurteilt. Ohne daß ihnen eine konkrete Straftat nachgewiesen wird, lautet der Vorwurf des Gerichts, sie hätten „Ausländer eingeschleust“, weil sie – wissenschaftlich oder nicht, das sei dahingestellt – sogenannte „illegal Eingereiste“ befördert hätten. Obwohl die betreffenden Fahrten ohne Grenzüberschreitung vonstatten gingen, sei von den Taxifahrern zu erwarten, daß sie GrenzgängerInnen an ihrem Aussehen erkennen. Im Landkreis anzutreffende „Ausländer“ verfügten nicht über das Einkommen, sich eine Taxifahrt leisten zu können.

In diesem Zusammenhang versucht der Bundesgrenzschutz, das Taxengewerbe in seine Tätigkeiten einzubinden. Im „Taxi-Journal“ (8/97) für die Region Halle-Leipzig wird gefordert: „Nehmen Sie keine offensichtlich illegal eingereisten Personen im Taxi mit.“ Den örtlichen TaxifahrerInnen wird ein spezielles Codewort zur Verfügung gestellt, mit dem sie sich im Zweifel bemerkbar machen sollen, um die Identität „fraglicher Personen“ überprüfen zu lassen ... Durch dieses skandalöse Vorgehen verlieren Menschen im Raum Zittau mit vermeintlich nicht „deutschem Aussehen“ ihr uneingeschränktes Recht auf Beförderung. EinwanderInnen laufen Gefahr aus ei-

nem Taxi heraus im nächsten Abschiebeknast zu verschwinden, um dann mittels unerträglicher Prozeduren des Landes verwiesen zu werden. TaxifahrerInnen in der Region werden unter Androhung von Haftstrafen genötigt, Fahrgäste mit „fremdländischem Erscheinungsbild“ bei deutschen Behörden zu denunzieren. „Wir lassen uns nicht zwingen, an der Ausgrenzung, Kriminalisierung und Verfolgung unserer Mitmenschen teilzunehmen.“ So läßt sich die Meinung der Hamburger Generalversammlung von »das taxi« wiedergeben. Die GenossInnen des Taxirufs verabschiedeten einstimmig eine Resolution ... Im Text heißt es: „Wir weigern uns ausdrücklich, zur Denazification illegalisierter Menschen beizutragen. Wir lassen uns nicht zu Handlungen einer rassistischen Politik machen.“ Zu den Vorgängen in Zittau erklären Mario Menzerolf und Jo Ferschen vom Vorstand der »das taxi« e.G.: Es gilt zu verhindern, daß das Unrecht von Zittau als neue bundesdeutsche Rechtsauffassung etabliert wird. Die Genossenschaft »das taxi« wird sich weder durch die Androhung von Haftstrafen noch durch anderweitige staatliche Schikane zur Hilfsexekutive umgestalten lassen. Gemäß unserem allgemeinen Beförderungsauftrag werden wir weiterhin jede Tour ausführen, und zwar unabhängig davon, ob der betreffende Fahrgäst sich legal oder illegal in Hamburg aufhält.“

Am 16. Dez. findet im Landgericht Görlitz das erste Berufungsverfahren zu den Zittauer Urteilen statt. Aus diesem Grunde ruft »das taxi« gemeinsam mit der „Kreuzberger Taxigenossenschaft“ für diesen Tag zu einem Taxenkonvoi nach Görlitz auf. Das Motto wird heißen: „Kein Mensch ist illegal! Offene Grenzen, Bleiberecht für alle!“

Jo Ferschen und Mario Menzerolf
Vorstand »das taxi« e.G.
(gekürzt; Quelle CL-Netz)

Kappel (Ex-FDP) gründete „Offensive“ nach rechts

KIRCHHEIM. Etwa 200 bis 300 Anhänger des kürzlich aus der FDP ausgetretenen hessischen Landtagsabgeordneten Heiner Kappel haben bei Kirchheim die „Offensive für Deutschland“ gegründet. Ursprünglich sollte das Treffen auf der Wartburg stattfinden. Kappel wurde jedoch vom Geschäftsführer der landeseigenen Wirtschaftsbetriebe der Zugang zum dortigen Hotel verweigert. Außerdem hatten im nahen Eisenach die Gruppe „GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus“ zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Kappel und seine Anhänger mußten daraufhin in eine Autobahnrasstätte in der Nähe des hessischen Ortes Kirchheim ausweichen. Dort fanden sich neben den Anhängern der „Liberalen Offensive in der FDP“, dessen Sprecher Kappel bisher war, auch bekannte CDU-Mitglieder ein, wie z.B. die ehemalige Landesvorsitzende der CDU in Brandenburg, Carola Hartfelder (MdL), der brandenburgische CDU-MdL Klaus Hässler, der Vorsitzende des „Christlich-Konservativen Deutschlandforums“ in NRW, Christian Otte aus Kaarst, und der ehemalige CDU-MdL Heiner Hofsommer aus Hessen.

Hofsommer eröffnete denn auch die Versammlung, auf der selbst die konservative Zeitung „Die Welt“ zahlreiche Träger der Mitgliedsnadel des „Lions Club“ ausmachen konnte. Neben dem ehemaligen ÖDP-Funktionär und Gruhl-Mitstreiter Baldur Springmann referierte der Hamburger CDU-Mann Heiko Peters über sein Lieblingsthema, die Rückgabe der Vermögenswerte, die in der damaligen sowjetischen Besatzungszone enteignet wurden.

Die neue Partei, deren Namen noch nicht feststeht, will, so Kappel, „frustierte Nichtwähler aus der Nische in die politische Gesellschaft zurückholen“ und „dringend nötige gesellschaftliche und politische Korrekturen in Deutschland“ vornehmen. Dazu gehören neben der Ablehnung der Einführung des „Euro“ auch ein weiterer Abbau sozialer Grundrechte und massive Eingriffe in das Bildungssystem. Auch andere Ressentiments werden bedient. Dazu gehört auch die Forderung nach einem weiteren Abbau des ohnehin schon zur Fassade mutierten Grundrechtes auf Asyl, um den angeblich „enormen Zustrom an Ausländern, die für den deutschen Arbeitsmarkt nicht qualifiziert sind“, zu stoppen, so Kappel.

Die eigentliche Gründung der neuen „freiheitlich-konservativen Partei“, die „auf jeden Fall“ zur Bundestagswahl 1998 antreten will, soll erst am 25. Januar in Berlin stattfinden. Dann wollen

Kappels „Offensive“ und der „Bund Freier Bürger“ (BFB) um den ebenfalls aus der FDP ausgetretenen Manfred Brunner fusionieren. Ort und Zeitpunkt sind geschickt gewählt, denn einen Tag zuvor will Kappels Berliner Kreis um den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl noch einmal einen Versuch starten, den Berliner Landesvorsitz zu erobern. Mögliche weitere Bündnispartner sind die „Deutsche Soziale Union“ (DSU), die ihren Schwerpunkt im Osten der Republik hat, und die „Deutsche Partei“. Von den sogenannten „Republikanern“, der DVU und der NPD distanziert man sich (derzeit noch). Angst scheint Kappel aber auch vor so mancher Äußerung seiner eigenen Mitstreiter zu haben, denn diese wurden schon vorab von ihm ermahnt, darüber „nachzudenken, daß wir sehr seriös reden, das ist wichtig“ (FAZ, 15.12.97).

hma

Flughafenerweiterung

Waldspaziergänge wieder in Mode

FRANKFURT. Inzwischen sind sie sich einig: der Flughafen muß wachsen. Lufthansa AG, BARIG (Vereinigung der in Deutschland tätigen Fluglinien), CDU und IHK Frankfurt fordern einen Ausbau des Frankfurter Flughafens, auch über den Zaun hinaus. Die Grünen sind noch entschlossen dagegen, und die SPD erinnert sich an ihre Zusage, daß der Flughafen nicht über den Zaun hinaus wachsen wird.

Keiner der Ausbaubefürworter hat sich bisher dazu geäußert, wo diese neue Start-Lande-Bahn gebaut werden soll. Das hat mehrere Grüne: Es wird mit der öffentlichen Diskussion erstmal die Schmerzgrenze ausgetestet – also was politisch durchsetzbar ist – und wie stark der Protest dagegen sein könnte. Zur Not kann man dann immer noch ein kleineres Übel aus dem Ärmel schütteln. Zweitens wird geprüft, wie verbindlich die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen ist. Der standhafte Kampf und die breite Solidarisierung gegen die Startbahn West hat trotz des Baus der Startbahn zu einem starken Image-Verlust der Flughafen AG geführt. Und selbst nach 15 Jahren erinnert man sich auf beiden Seiten noch gut daran.

Die wahren Pläne hervorgezaubert

Die BI zauberte denn auch eine vierte Variante aus dem Hut der Flughafen-Ausbauer: eine dritte Landebahn innerhalb des Zauns, mit 2,5 km Länge für kleinere Flugzeuge, zwischen Landebahn 2 und Cargo City. Diese Variante böte nur Vorteile für die Wachstumsbefürworter: Der Ausbau könnte aufgrund bestehender Rechtsgrundlagen erfolgen, es wäre kein Genehmigungsverfahren nötig.

Die Landebahn 2 muß demnächst repariert werden. In dieser Zeit könnte der Flugverkehr reibungslos abgewickelt werden, stünde die dritte Bahn als Ersatz zur Verfügung.

Zur Zeit können die beiden bestehenden Landebahnen nur abwechselnd genutzt werden, da der Abstand voneinander nur 518 m beträgt statt vorgeschriebener 1200 m. Die neue Landebahn wäre von der ersten 850 m entfernt, und die BI befürchtet, mit einer Sondergenehmigung würden die erste und die dritte Landebahn dann gleichzeitig benutzt werden, zumal die Aufsetzpunkte der Flugzeuge versetzt und damit eine unterschiedliche Anflughöhe gewährleistet wäre. Das erhöhte Landeaufkommen würde natürlich auch den Fluglärm – zumindest östlich des Flughafens – erheblich ausweiten. Aber dieses Problem wird von den Verantwortlichen immer wieder verniedlicht mit dem Hinweis, die Flug-



zeuge würden ja immer leiser. Aber es werden immer mehr!

Es müßte kein Wald gerodet werden. Nur einige leerstehende Gebäude wären im Weg. Und, ganz wichtig,

der Bauplatz läge innerhalb des Zauns, also nicht öffentlich zugänglich. Man bräuchte kaum mit einer Besetzung oder ähnlichen Aktionen zu rechnen.

Die BI hält diese Variante für die wahrscheinlichste und hat deshalb schon über den möglichen Widerstand nachgedacht. Die wichtigste Forderung ist:

Eine Obergrenze für Flugbewegungen muß festgelegt werden!

Nur wenn die Anzahl der Starts und Landungen am Tag und in der Nacht verbindlich festgelegt und eingehalten werden, ist für die Menschen in dieser Region ein erträgliches Verbleiben möglich.

Die BI gegen die Flughafenerweiterung wird sich jetzt wieder regelmäßig treffen und hofft auf steigende Mitstreiterzahlen.

**Jeden 3. Donnerstag im Monat
in der Stadthalle Walldorf**

*Aus Frankfurter Info, gekürzt
ie*

Bildungsklau – Nein Danke!

KÖLN. Am 16. Dezember wurde von der BezirksschülerInnenvertretung (BSV) ein Aktionstag gegen die derzeitige Bildungsmisere organisiert. Insgesamt beteiligten sich ca. 10000 bis 15000 SchülerInnen an den Protesten. In ganz NRW fanden zahlreiche Demonstration statt (Bild: Essen).

Fehlende Lehrkräfte und damit verbundener Stundenausfall, veraltete Lehrmethoden und veraltetes Lehrmaterial, überfüllte und abrißreife Bildungseinrichtungen, fehlende Mitbestimmung, die Schulen zu demokratiefreien Inseln macht, Einschränkung von Wahlmöglichkeiten in der Sekundarstufe II und die durch die verfehlte Bildungspolitik erreichte Elitebildung nahmen viele SchülerInnen zum Anlaß, um zu zeigen, daß es so in der Bildungspolitik nicht weitergehen kann.

So wurde im Gymnasium Köln-Pesch die Schule abgeriegelt und eine Aufnahme des Lehrbetriebs wurde verhindert. Die gesamte Schülerschaft versammelte sich daraufhin vor dem Gelände und bildete eine Menschenkette um den Schulhof. Am Humboldt-Gymnasium wurde die Bildung zu Grabe getragen und dar-



aufhin spontan das Treppenhaus besetzt und durch Sitzstreiks blockiert. Des Weiteren wurden am Herder- und am Hölderlin-Gymnasium Geld „einkassiert“, um auf die problematische Situation hinzuweisen. Geld wurde auch im Georg-Büchner-Gymnasium kassiert, nachdem dort 500 Schüler auf die Straße gegangen waren. Durch streikende SchülerInnen, die das Foyer des Heinrich-Mann-Gymnasiums besetzten und in Reden und Flugblättern über das Problem informierten, wurde auch dort der Unterricht verhindert. Auch an weiteren Schulen fanden Proteste statt.

Auch wenn die Aktionsformen verschieden waren, die Forderungen waren doch überall gleich: sofortige Einstellung neuer, junger Lehrkräfte, entschiedene Verbesserung der inhaltlichen Qualität des Unterrichts durch den Einsatz moderner Lehrmethoden und Materialien, dringender Neubau und Sanierung bestehender Schulen, mehr Mitbestim-



MÜNCHEN. Gegen die „düstere Ausbildungsplatzsituation“ protestierten am 19. Dezember Jugendliche der Deutschen Post Gewerkschaft, nachdem sich während der Uni-Streiks an den Tagen zuvor Studierende mit großen Demonstrationen vor dem Bayer. Landtag und vor dem Bundestag in Bonn gegen die schlechten Ausbildungsbedingungen gewehrt hatten. „Studis + Arbeiter – gemeinsam gegen Sozialabbau“ lautete das Transparent der Azubis, vor sich hatten sie aus Grablichtern ihre Befürchtungen dargestellt: „Bildung – Aus?“. Sie fordern eine Ausbildungsplatzabgabe zur Finanzierung ausreichender Lehrstellen. Der DGB hat errechnet, daß dadurch bundesweit rund 200000 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden könnten. baf

mungsmöglichkeiten für SchülerInnen und größere Transparenz der schulinternen Entscheidungen, mehr soziale Gerechtigkeit an Schulen durch unbedingte Schaffung von Chancengleichheit und eine Erhöhung des inhaltlichen Angebotes und der Wahlmöglichkeiten für SchülerInnen aller Stufen.

Bewegt Euch, damit sich was bewegt in diesem Land, war die Aufforderung an die Schüler, denn die Politik verarscht uns schon seit Jahren und will uns auch weiterhin für dumm verkaufen. Deshalb wird dies auch nicht die letzte Aktion gewesen sein, wir werden uns weiter gegen verfehlte Bildungspolitik wehren, besonders im Rahmen der landesweiten Demo am 29. Januar in Köln. m.v.

Kreisvorsitzender Eckart Löser: „Der Verwaltungsaufwand hierfür frißt einen großen Teil der Summe wieder auf. Der Verband der Angestelltenkrankenkassen (VdAK) hat errechnet, daß jede einzelne Forderung bereits einen Betrag von 12 DM an Verwaltungskosten verursacht.“

Deshalb hätten die Spitzenverbände der Krankenkassen dem Gesundheitsminister auch angeboten, die Investitionskosten für die Krankenhäuser selbst zu übernehmen. Das aber wollte diese Bundesregierung nicht. „Es sollen wieder einmal nur die Versicherten herangezogen werden, und nicht die Arbeitgeber,“ ärgert sich Eckart Löser. Außerdem sei es ungerecht, daß der Betrag unabhängig vom Einkommen für alle in gleicher Höhe zu zahlen ist. Auch wer nie ein Krankenhaus in Anspruch nimmt, wird zur Kasse gebeten.

Der DGB will deshalb bis zum Bundesverfassungsgericht gehen, wenn es sein muß. Für die Gewerkschaftsmitglieder halten die DGB-Gewerkschaften Formulare bereit, mit denen die Versicherten Widerspruch einlegen können. Das hebt allerdings die Zahlungsverpflichtung nicht auf. Die Versicherten müssen zwar erst bei einer Forderung von mehr als 50 DM mit einem Vollstreckungsbefehl rechnen. Diese Summe kann jedoch bereits 1998 durch Verwaltungskosten und Mahngebühren überschritten werden.

Auch wenn es kaum vorstellbar ist, daß nach einer gewonnenen Musterklage die Versicherten den Betrag nicht zurück erhalten, empfiehlt der DGB sicherheitshalber, die Zahlung zu leisten und Widerspruch einzulegen.

Nach: Pressemitteilung des DGB vom 11.12.1997

„Krankenhausnotopfer“ stößt auf immer mehr Widerstand

ESSEN. Die Protestanrufe beim DGB und den Einzelgewerkschaften reißen nicht ab. Anlaß ist die Zahlungsaufforderung der gesetzlichen Krankenkassen an ihre Mitglieder, mit 20 DM die Renovierung der Krankenhäuser zu bezahlen. Der DGB unterstützt diesen Widerstand und bereitet derzeit Musterprozesse gegen das „Krankenhausnotopfer“ vor.

Mit der Entscheidung hat die Bundesregierung den Krankenkassen einen Bären Dienst erwiesen, so der DGB Mülheim-Essen-Oberhausen. Deshalb sind sie über diesen „Inkassoauftrag“ von Bundesgesundheitsminister Seehofer (CSU) alles andere als begeistert. DGB-

**Bayerischer Flüchtlingsrat fordert
Aussetzung des Rückführungsabkommens**

Massenabschiebungen von Kosova-Albanern

MÜNCHEN. Der unglaubliche Fall des Kosova-Albaners aus Kempten, dessen Versuch, freiwillig aus Deutschland ausreisen zu wollen, in Abschiebehaft endete, für den vier gescheiterte Abschiebeversuche zu Buche stehen und der nun wegen behördlich verursachten „illegalen Aufenthaltes“ vor Gericht steht, ist nach den Erfahrungen des Bayerischen Flüchtlingsrates tatsächlich kein Einzelfall – er spiegelt vielmehr den Alltag in bayerischen Ausländerbehörden wider, der gerade die kosova-albanischen Flüchtlinge seit Monaten in Angst und Schrecken versetzt.

Hintergrund dieses Vorgehens sind die strikten Anweisungen des bayerischen Innenministeriums an die Ausländerbehörde in bezug auf die Umsetzung des deutsch-jugoslawischen Rückführungsabkommens. Die Behörden müßten, wie der Leiter der Ausländerbehörde Altötting gegenüber dem Bayerischen Flüchtlingsrat erklärte, schließlich „Vollzug gegenüber dem Innenministerium melden“, wenn das Rückführungsgesuch der deutschen Behörde aus Belgrad positiv beschieden worden sei. Die Fälle mehren sich, in denen dies für Familienväter der Fall ist, für Mütter und Kinder jedoch keine Rückführungserlaubnis erteilt wird.

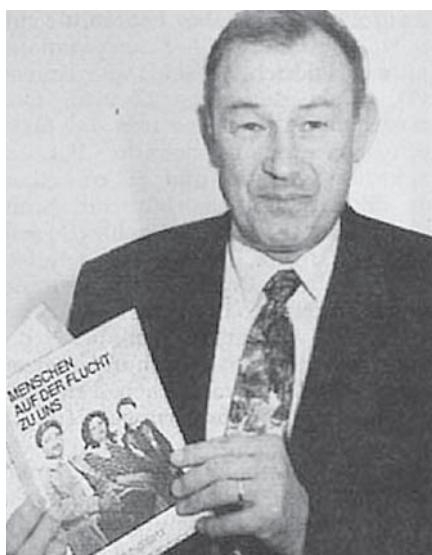
Am Mittwoch, den 3.12.97, führte das bayerische Innenministerium erneut eine Massenabschiebung in die Krisenregion durch: Das dafür bereitstehende Flugzeug der staatlich-jugoslawischen Fluggesellschaft JAT startete in Richtung Prishtina (Kosova). Unter den Flüchtlingen befand sich u.a. ein Familienvater, der am Montag bei seiner Vorsprache auf der Ausländerbehörde Mindelheim (Kreis Unterallgäu) verhaftet und in Abschiebehaft genommen wurde. Seiner Frau und den drei Kindern wurden von den serbischen Behörden die Heimreisedokumente verweigert. Da das hier geborene und jüngste der drei Kinder, weder die jugoslawische Staatsbürgerschaft noch Papiere besitzt, ist eine „nur vorübergehende Familientrennung“, auf die man sich in ähnlich gelagerten Fällen beruft, von vorne herein ausgeschlossen.

Der Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrates, Michael Stenger, erklärte dazu: „Wir werden bayernweit mit Fällen rigoroser Familientrennungen konfrontiert, die nicht nur menschliche Lösungen oder Ermessungsspielräume vermissen lassen, sondern die Rechtsstaatlichkeit zur Disposition stellen. Der im Grundgesetz verbrieftete Schutz von Ehe und Familie wird von der christlich-sozialen

bayerischen Landesregierung sträflich mißachtet. Wir fordern Innenminister Günther Beckstein auf, diese rüden Vorgehensweisen einzustellen.“

Auch eine freiwillige Ausreise nach Restjugoslawien ist aus Bayern mittlerweile weitgehend unmöglich. Die Flüchtlinge werden sogar bei selbständigem Vorlegen eines Tickets gezwungen, bei den Ausländerbehörden 900,- DM für den „freiwilligen Rückflug“ zu hinterlegen, mit denen dann die Massenabschiebungen durch die jugoslawische Fluglinie JAT finanziert werden. Stenger: „Dies ist nichts anderes als ein Kopfgeld für jeden abgeschobenen Flüchtling. Die Verantwortungslosigkeit der deutschen und insbesondere der bayerischen Politik ist hier ebenso augenscheinlich wie das systematische Verschweigen der Folgen der Abschiebungen nach Kosova: Zahlreiche und offenkundige Mißhandlungen der RückkehrerInnen.“ Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert deshalb die sofortige Aussetzung des Rückführungsabkommens.

Nach PE, Michael Stenger,
Flüchtlingsrat



Am 27.11. nahm Innenminister Beckstein (hier prahlte er mit seiner Asylpolitik) an der Landessynode der ev. luth Kirche Bayerns in Schweinfurt teil. Dort übergaben ihm Mitglieder des „Ökumenischen Begegnungskreises deutsche Frauen – Flüchtlingsfrauen“ und der BA „Solidarität statt Rassismus“ eine Protestresolution gegen die bayerische Abschiebepolitik. In der Diskussion reagierte Beckstein mit platten Stammtischparolen.

Auseinandersetzung über die Kandidatur eines Mitarbeiters des MfS

Die PDS und ihre Sünden

Zur Sachlage: Dieter Kollwig, parteilos, tätig als kommunaler Vertreter für die PDS in seinem Heimatort Wefensleben, Bördekreis Oschersleben, Sachsen-Anhalt, wurde von der Wahlvertreterversammlung als Kandidat für den Landtag, der im April 1998 gewählt wird, aufgestellt. Kollwig war Mitarbeiter des MfS, Offizier in einer Paßkontrollstelle und ebenfalls für Terrorabwehr zuständig.

Kollwig hat in seiner jetzigen politischen Tätigkeit nie verschwiegen, Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein. Kollwig besitzt das Vertrauen seiner Wähler, setzt sich vor Ort für ihre Interessen ein, trat aus der PDS aus, um die Partei durch seine Zugehörigkeit zum MfS nicht zu belasten.

Nun, nachdem er als Kandidat für den Landtag nominiert wurde, wird er aber offenbar zur Last. In einer Erklärung der Kreisvorsitzenden der PDS des LV Sachsen-Anhalt werden die „Vorbehalte gegen einen Kandidaten geteilt, der nicht offen die Positionen der PDS zur kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit und auch nicht den antistalinistischen Gründungskonsens vertritt“. Kollwig habe – so wird zu seiner Stellungnahme bei der Kandidatenwahl gemeldet – kein dunkles Gefühl, wenn er an seine Vergangenheit denkt. Kollwig wurde aufgefordert, seine Kandidatur zu überdenken und sie zurückzuziehen, was nun geschehen ist. Lothar Bisky erklärte, er habe die Entscheidung Kollwigs mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Inzwischen schlagen die Wogen der Aufregung in der PDS Sachsen-Anhalt noch höher. Denn Friedrich Raabe, IM und Landtagsabgeordneter der PDS von 1990–1994, ist Direktkandidat im Kreis Schönebeck. Roland Claus, bis vor kurzem Landesvorsitzender, erklärte in der *Volksstimme*, daß die Kandidatur Raabes keine Werbung für die PDS sei.

Holt die Geschichte die PDS wieder ein oder hat alles etwas mit der Art und Weise des Umgangs mit der Geschichte und der Situation in der PDS zu tun?

Kollwigs Erklärungen zu seiner Vergangenheit sind unscharf, auch unscharf wiedergegeben. Wenn er sagt, er habe kein dunkles Gefühl, Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein, so bezieht er das offensichtlich ganz direkt auf seine Person. Es mag sein, daß er persönlich niemandem geschadet hat. Das kann aber nicht alles sein. Denn es geht um den kritischen Umgang mit unserer gesamten Geschichte. Selbst wenn der einzelne nicht in Menschenrechtsverletzungen oder Handlungen, die anderen geschadet haben, involviert war, kann die Vergangenheit nur mit linken Kriterien beurteilt werden. Das gerade setzt persönlich kritisches Herangehen voraus, da sich niemand um die

→ mitgetragene gesellschaftliche Verantwortung drücken kann. Vieles gibt es, wofür Beteiligte des realen Sozialismus und des MfS sich schämen müssen. Der Anspruch, den sich der Sozialismus stellte, wurde nicht erfüllt. Niemand kann sich dieser Verantwortung entziehen.

Nun allerdings scheint diese Seite der Geschichtsbetrachtung nicht nur eine Schwierigkeit für ehemalige Mitarbeiter des MfS zu sein. Wenn in einer Erklärung junger Funktionsträger der PDS zur Sache Kollwig gefordert wird, „der historischen Verantwortung der PDS gerecht zu werden, und die Konsequenzen daraus zu ziehen“, wird a priori angenommen, daß seine Haltung aus „rückwärtsgerichteten Denken“ entstanden sei. Und das erinnert stark an die Auseinandersetzung im gleichen Landesverband, in dem die Sache Kittler bis heute unausgeregnet ist. Erinnerlich ist noch, daß das Mitglied des Landtages, Matthias Gärtner, damals davon sprach, daß „die Ratten wieder aus ihren Löchern kriechen“. Der stellvertretende PDS-Landesvorsitzende Frank Baier bezeichnete Leute wie Kollwig als „Gruftis“, die wieder Terrain gewinnen wollen. Beides ist Stigmatisierung und zeugt von wenig kulturvollem Umgang mit anderen Genossen und innerhalb der PDS. Ausgeblendet bleibt die Überlegung, daß Menschen fähig sind, zu lernen und sich Vergangenes kritisch neu anzueignen. Gärtner nennt Kollwig in einem Interview der *Jungen Welt* vom 6.12. „Herr“ und will damit offensichtlich seine Distanz zeigen, die er zu diesem Wahlkandidaten der PDS hat. Er sei dagegen, daß „Ex-Stasis im Parlament einen Vertreter brauchen ... Die PDS kämpft für PDS-Politik und nicht in allerster Linie für Ex-Stasis“. Er trete für „emanzipatorische-sozialistische Ansätze“ ein.

„Emanzipatorisch-sozialistische Ansätze“ schließen aber jede Diskriminierung aus, auch die von „Ex-Stasis“. Der Grundkonsens der PDS, der demokratische Sozialismus, kann auch keineswegs auf die Formel des Antistalinismus verkürzt werden, wie es hier gemacht wird. Argumentationen à la Gärtner sind aber kollektive und undifferenzierte Schuldzuweisungen. „Wer Major war, der hat nicht irgend etwas getan.“ Hier wird unterstellt, daß kollektiv und pauschal „etwas getan“ wurde. Ja, was, das sagt Gärtner nicht und zeigt die Intoleranz gegenüber dem Einzelnen, wie sie auch in der SED üblich war. Ist das PDS-Stil?

Gärtner erkennt an, daß Kollwig „auf der Grundlage eines demokratischen Verfahrens gewählt“ wurde. So empfiehlt er ihm den „Rückzug“, appelliert „moralisch“ an ihn, der PDS „keinen weiteren Schaden“ zuzufügen. Läßt man hier einmal die Zweckmäßigkeit einer solchen Wahl unter den jetzigen Bedingungen außer Betracht, kommt offen zum Vorschein, daß einem Menschen sein verfassungsmäßig zustehendes passives Wahlrecht abgesprochen wird. Die Demokratie wird in der PDS außer Kraft gesetzt!

Es fehlen saubere politische Positionen, die weitsichtig die Probleme erklären und nicht solche, die immer nur Schadensbegrenzung beinhalten. Die PDS hat sich in Sachsen-Anhalt in eine Lage gebracht, die jetzt politischen Schaden anrichtet und nicht zum Zeitpunkt der Wahl Dieter Kollwigs. Diejenigen werden bedient, die der PDS immer die SED- und Stasi-Partei anhängen wollen. Über die Ausgrenzung Kollwigs werden andere Wege verschlossen. Kandidaten der PDS könnten sich nur und in geeigneter Form über ihre Kriterien, ihre politischen Ziele und Fähigkeiten – auch wenn sie ehemalige Mitarbeiter wären – den Wählern erschließen. Aber dazu wird in der PDS nicht diskutiert! abe

Wahlparteitag der PDS in Mecklenburg-Vorpommern am 13./14.12. in Schwerin

Für einen Politikwechsel in Bonn und Schwerin

Von Helmut Holter

Am 27. September 1998 wird in Mecklenburg-Vorpommern zeitgleich mit dem Bundestag der Landtag neu gewählt. Wir haben uns entschieden, noch vor dem Jahreswechsel das Landtagswahlprogramm zu beschließen und die Landesliste für den Landtag zu wählen. Unser Wahlparteitag am 13./14.12.1997 hat diese und weitere Aufgaben erfüllt. Nach langer Diskussion vor dem Parteitag und 565 Änderungsanträgen zum Entwurf des Wahlprogramms war es vollbracht. Unter dem Motto „Mit der PDS für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde in Mecklenburg-Vorpommern“ werden wir für einen Politikwechsel im Nordosten der BRD streiten. Die Zeit ist längst reif dafür.

Das Image Mecklenburg-Vorpommerns ist nicht nur blond und blauäugig, sondern auch arm, keine Arbeit, fremdenfeindlich, krisengeschüttelt. M.-V. fehlt politische Stabilität, wirtschaftliche Stärke, soziale Ausgeglichenheit. Den Menschen fehlt Sicherheit für heute und morgen. Was in der CDU/F.D.P.-Koalition begann, setzte sich in dieser Wahlperiode fort. Die ferngesteuerte Landesregierung aus CDU und SPD ist nicht fähig, die strukturellen Probleme des Landes anzupacken und zu lösen.

174.400 Arbeitslose, 275 000 fehlende Stellen, 36 000 SozialhilfeempfängerInnen, der jährliche Ausbildungspoker sind Ausdruck der katastrophalen Lage M.-V. Von 1991 bis 1996 haben sich 985 259 Personen beim Arbeitsamt erwerbslos gemeldet. 22 758 Jugendliche meldeten sich nach der Lehre beim Arbeitsamt. Die Vulkan-Werftenkrise 1996, der langsame Tod für Bestwood, der Überlebenskampf in Boizenburg, DSR Senator Lines u.v.a.m. stehen als Symbole für die schlechte wirtschaftliche Lage M.-V. Das wirtschaftliche Wachstum geht zurück. 1996 erreichte M.-V. ein Wirtschaftswachstum von 1,3%. Es rächen sich fehlende Strukturpolitik, falsche Ansätze in der Förderpolitik, Aufgabe landeseigener Programme für die KMU. Die Landesregierung hat keine Leitbilder für M.V., kann damit nicht agieren, sondern ist zur Reaktion verdammt. Dann ist es oftmals zu spät. Die Kommunen stöhnen unter der finanziellen Last. Das Land versteht den Bibelspruch „Jeder trage des anderen Last“ sehr einseitig, indem es den Kommunen immer mehr Aufgaben zuschiebt.

Es ist 5 vor 12. Eine Politik des „Weiter so!“ führt immer tiefer in die Sackgasse der Alternativ- und Ausweglosigkeit. Es ist höchste Zeit, daß eine neue Seite in der Geschichte aufgeschlagen wird. Politik gestalten, Veränderungen erreichen, dafür stehen wir mit unserem Wahlprogramm 1998. Wir wollen eine enge Verbindung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Nur so sind Nachhaltigkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit erreichbar.

Hauptschwerpunkt unseres Wahlprogramms ist die Frage nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Die PDS tritt für eine neue, strukturell veränderte, ökologisch orientierte Art der Vollbeschäftigung ein, die Vorrang vor Kapitalprofit haben muß. Wir wollen den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), die Rahmenbedingungen für die Gründung und Entwicklung von Unternehmen verbessern und die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen fortführen. Drei Säulen – ein Ziel. Arbeit schaffen. Arbeit muß her, schnell und für alle, die arbeiten wollen und können.

Wir wollen, daß jeder Schulabgänger einen Ausbildungsplatz erhält und nach seiner Lehre weiterbeschäftigt wird. Unternehmen und Staat dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für die Jugend entlassen werden. Ausbildungsabgabe und Umlagefinanzierung sind der Weg, um der alljährlichen Lehrstellenträgödie zu begegnen. Der Parteitag hat beschlossen, daß eine landesweite Initiative „Der Jugend eine Zukunft – Ausbildungsgarantie und Übernahme nach der Lehre“ durch den Landesvorstand und die Landtagsfraktion vorzubereiten ist. Das Thema Ausbildung und Übernahme nach der Lehre wollen wir zum Schwerpunkt unseres Wahlkampfes machen. Weitere Themen sind die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, eine Wende in der Verkehrs-, Abfall- und Energiepolitik hin zu nachhaltigen und dezentralen Lösungen, eine umfassende demokratische Bildungsreform.

Seit 1996 haben wir die Ausarbeitung unserer Alternativen forciert. So beriet und beschloß der Parteitag den Leitantrag „Persönliche Sicherheit in M.V.“ Wir setzen bei der Kriminalitätsbekämpfung auf eine wirksame gesellschaftliche und soziale Vorbeugung.

Dem Landesparteitag lag ein Antrag des LAK Alternative Politik vor, der eine Entscheidung vor den Wahlen in der Fra-

ge „Opponieren, Tolerieren, Koalieren“ zum Ziel hatte. Die Delegierten haben diese Entscheidung auf einen Sonderparteitag nach den Wahlen 1998 verwiesen. In dem Beschuß heißt es: „Über die nach den Landtagswahlen günstigste Option zur Durchsetzung eines Höchstmaßes von PDS-Zielen entscheidet ein Sonderparteitag der PDS ... in voller Kenntnis des Wählervotums und der inhaltlichen Angebote der anderen Parteien.“ Mit diesem Beschuß ist der vermeintliche Richtungsentscheid mit der Wahl von Caterina Muth, Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, gegenstandslos.

Die Voraussetzungen für einen Politikwechsel sind 1998 so günstig wie noch nie. Die Stimmung in der Bevölkerung spricht dafür. Der Politikwechsel hängt auch von der PDS ab, aber nicht von ihr allein. Es geht darum, das politische Kräfteverhältnis in Bonn und Schwerin zu verändern. Die CDU darf nach den Wahlen 1998 nicht mehr an der Regierung beteiligt sein. Aber ein Regierungswechsel ist noch kein Politikwechsel. Dieser Politikwechsel braucht sein Fundament, braucht ganz im Sinne der Erfurter Erklärung seinen gesellschaftlichen Unterbau. Der Politikwechsel braucht politische Kräfte, die mehr als nur einen Regierungswechsel wollen.

Unser Wahlziel, die CDU aus der Regierungsverantwortung abzuwählen, ist kein Selbstzweck der PDS. Wir sind eine Partei, die für ein starkes, schönes und gesundes M.-V. kämpft. Wir wollen, daß sich die Menschen heute und morgen in M.-V. wohl fühlen. Es geht um ihre Lebensperspektiven.

Wir kämpfen um mehr als 5% und zwei Direktmandate in Rostock und Schwerin/Hagenow für den Bundestag. Wir wollen jede 4. Zweitstimme zu den Landtagswahlen auf unserem Wahlkonto verbuchen.

Es gibt viele Gründe, PDS zu wählen:
 1. Eine Stimme für die PDS ist eine Stimme für den politischen Wechsel. Ob eine Stimme für die SPD zu Rot-Grün oder zur Großen Koalition führt, bleibt offen. Bei einer Stimme für die PDS kann jeder sicher sein: Wir werden sie niemals der CDU zugute kommen lassen.
 2. PDS steht für Alternativen, nicht für Variationen und Korrekturen zur herrschenden neoliberalen Politik.
 3. PDS steht für „sozial und solidarisch“ als Partei der sozialen Gerechtigkeit.
 4. Die PDS vertritt als gesamtdeutsche Partei in hohem Maße ostdeutsche Interessen.

Wir wollen möglichst vielen WählerInnen mindestens einen Grund nahe bringen, damit sie PDS wählen.

Helmut Holter ist Landesvorsitzender der PDS Mecklenburg-Vorpommern.

Das Wahlprogramm und die anderen Beschlüsse des Landesparteitages sind beim LaVo der PDS Meckl.-V., Obotritenring 169, 19053 Schwerin, Tel. 0385/760380, Fax 0385/712508 erhältlich.

HAUSHALTSKÜRZUNGEN: Schweinfurt. Die CSU-Mehrheit im Stadtrat

hat für den Haushalt 1998 drastische Kürzungen bei Jugend, freien Kulturträgern, AusländerInnen und Behinderten durchgesetzt. Obwohl 1998 nur 24 Mio. DM Gewerbesteuereinnahmen zu erwarten seien gegenüber 50 Mio. in früheren Jahren, lehnte die CSU eine Erhöhung ab. Die SPD stellte fest, daß es seit 1945 noch keine Erhöhung gegeben habe, Schweinfurt liege in Bayern unter vergleichbaren Städten im letzten Drittel. Von 3000 Betrieben zahlten über 1000 keine Gewerbesteuer. Eine Erhöhung sei überfällig und sozial gerechtfertigt. Während der Sitzung gab es lautstarke Proteste von Betroffenen im Rathausinnenhof gegen die CSU-Politik.

KREIS-SOZIALHILFE ABSCHAFEN? Pinneberg. Landrat Harms (SPD) will die Sozialhilfeausgaben des Kreises abschaffen. Er stützt sich dabei auf ein sogenanntes „Aachener Modell“:

Dort beteiligt sich der Kreis nicht mehr an den Sozialhilfeausgaben und hat zum Ausgleich die Kreisumlage reduziert. Harms will sich dafür einsetzen, daß die Sozialämter unabhängig vom Arbeitsamt Stellen vermitteln sollen. Vom Elmshorner Sozialamt wird derzeit auf freiwilliger Basis eine Art „Hilfe zur Arbeit“ angeboten: Eine gemeinnützige Arbeit für zwanzig Wochenstunden als „Trainingsphase“, eine vertraglich geregelte Arbeit bei einer gemeinnützigen Organisation, und für „stabilisierte und motivierte“ Sozialhilfeempfänger eine Stelle auf dem freien Arbeitsmarkt. Zur Zeit nutzen 120 Elmshorner eine der drei Möglichkeiten.

Von den 4500 Sozialhilfeempfängern können aber nur 10 Prozent in einen Job vermittelt werden. Setzt sich Harms durch, wird das „freiwillige Angebot“ zu einer Zwangseinrichtung für alle gewendet.

KAUFPREISLIMITIERUNG MÖGLICH: München. Ab Januar 1998 tritt eine Änderung des Bau- und Raumordnungsgesetzes durch den Bundestag in Kraft, die es den Städten ermöglicht, bei Miethaus-Verkäufen in Erhaltenssatzungsgebieten den Kaufpreis generell auf den Verkehrswert zu begrenzen, wenn der Verkaufspreis, der zwischen dem Verkäufer und dem ursprünglichen Käufer ausgehandelt worden ist, deutlich darüber liegt. Durch dieses „limitierte Vorkaufsrecht“ kann, so Kommunalreferent Georg Welsch, „verhindert werden, daß die Stadt entweder überhöhte Verkaufspreise bezahlen muß oder aus wirtschaftlichen Gründen das Vorkaufsrecht nicht ausübt.“ Durch das Vorkaufsrecht kann zum Teil verhindert werden, daß Mietwohnraum zu spekula-

tiven Zwecken verkauft wird und die Mieter verdrängt werden.

BÜRGERANTRAG FÜR JUGENDTREFF: Essen. Die DKP hat einen Bürgerantrag an die Bezirksvertretung für die Einrichtung eines Jugendtreffs im Essener Norden initiiert. Dafür sollen bis zum 15.1.1998 Unterschriften gesammelt werden. Im Juli hatten Jugendliche ein leerstehendes Haus der Krupp-Hoesch-AG besetzt, um daraus einen Jugendtreffpunkt zu schaffen. Dieses Haus wurde jedoch nach wenigen Tagen abgerissen. Der Bürgerantrag fordert nun Rat und Verwaltung auf, im Bezirk einen Jugendtreff zu schaffen, der ganztägig den Jugendlichen ermöglicht, ihre Freizeit nach ihren Vorstellungen zu gestalten, und gleichzeitig eine Anlaufstelle für obdachlose Jugendliche bietet, wo sie Beratung und Schutz vor der Straße finden. Der Mangel an Einrichtungen, die ohne feste Programme und zeitlichen Rahmen sowie ohne hohe Kosten den Jugendlichen zur Verfügung stehen, führt zu dem Entstehen von Straßentreffs mit den üblichen Begleiterscheinungen.

VERTREIBUNGSKONZEPT: Hamburg. Der Innensenator Wrocklage (SPD) will bis Ende März ein „Stufenkonzept“ für St. Georg und die Hauptbahnhofgegend vorlegen. „Es handelt sich schließlich nicht nur um ein Drogenproblem. Am Hauptbahnhof bereiten uns auch Obdachlose, Alkoholiker und Randständige große Sorgen.“ Die Vertreibung soll mit einer „Mischung aus Hilfe und Repression“ durchgesetzt werden. An Hilfsmaßnahmen nennt Wrocklage „Gesundheitsräume“ und Sozialarbeiter, die „die Betroffenen aufsuchen und möglichst in die bestehenden Hilfseinrichtungen bringen“ sollen. Es wird sich zeigen, wie repressionsfrei die Akzeptanz solcher Hilfen durchgesetzt wird. Die Polizeipräsenz wird um mehr als 100 Beamte erhöht. Zudem soll nach einer Äußerung Wrocklages in der „Welt“ „der Wegewart stärker als bisher das Wegericht durchsetzen und so verhindern, daß Randständige am Hauptbahnhof herumlungern.“

GEMEINDEFINANZEN: Bonn. Nach Einschätzung des Instituts „Finanzen und Steuern“ haben die Gemeinden so gut wie keinen haushaltspolitischen Spielraum mehr. Die Hauptgründe sieht das Institut in den wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen und den „üppigen Zuwächsen“ bei den Sozialleistungen. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben der Gemeinden habe von 1980 bis 1996 von 9,4 auf 21,2% zugenommen. Vor allem wegen der Steuerkraftschwäche der ostdeutschen Kommunen sei eine Gemeindefinanzreform überfällig.

Zusammenstellung: ulj

HOECHST: GLEIT-ZEITMODELL?

Bei der Rest Hoechst AG gibt es einen Vorschlag zur Neuregelung der Gleitzeit: Der tägliche Gleitzeitrahmen soll sich von 6 bis 22 Uhr erstrecken, die Regelarbeitszeit wie folgt sein: regelmäßige jährliche Arbeitszeit (37,5 Std. x Wochen/Jahr) von Montag bis Freitag, bei dringendem betrieblichem Bedarf auch am Samstag. Wenn im Rahmen dieser Regelarbeitszeit und des Gleitzeitrahmens angeordnet wird, länger als die tarifliche Arbeitszeit von 37,5 Std. (bis zu 10 Std. täglich) zu arbeiten, gibt es dafür keine Überstundenzuschläge (25%). Da auch der Samstag unter die Regelarbeitszeit fällt, fallen auch hier die Zuschläge weg. Der Mehrheitsbetriebsrat hat bereits zugestimmt.

Aus: Standort Forum 9/97

REINIGUNGSKRÄFTE BEIM DGB PROTESTIEREN: Beschäftigte im Frankfurter DGB-Haus, die dort mit Reinigungsarbeiten betraut sind, protestieren gegen Meinungen (*Handelsblatt*, 9.12.), nach denen sie zu wenig arbeiten und ein überhöhtes Entgelt beziehen würden. Sie weisen darauf hin, daß sich ihre Arbeitsbedingungen am Tarifvertrag orientieren, den die Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des DGB mit der HBV geschlossen hat. Die Entgelte seien seit 1993 nur um 2,77% gestiegen. Die Mehrleistungen hätten erheblich zugenommen. Die Beschäftigten lehnen eine Ausgliederung in eine private Reinigungsfirma ab.

TARIFABSCHLUß FÜR REDAKTEURE: DJV und BDZV

vereinbaren Wegfall der 35-Std.-Woche. Die Verhandlungen über neue Tarifverträge für die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen haben am 15.12. in der sechsten Verhandlungsrunde zu einem Ergebnis geführt. Die IG Medien und der DJV vereinbarten nach zwanzigstündigen Verhandlungen mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) einen neuen Gehaltstarifvertrag sowie einen Manteltarifvertrag und einen Tarifvertrag über die Altersversorgung. Im Manteltarifvertrag vereinbarte der DJV mit dem BDZV eine ersatzlose Streichung der 35-Stunden-Woche. Die IG Medien hält dies für falsch und hat sich bis zum Schluß der Verhandlungen gegen dieses Vorgehen ausgesprochen. Sie hat deshalb den Tarifabschluß unter den Vorbehalt der Zustimmung durch die zuständigen Gremien gestellt. Die Tarifkommission der IG Medien muß innerhalb der Erklärungsfrist darüber entscheiden, ob das Tarifergebnis akzeptiert wird. Die Verhandlungskommission der IG Medien hat zudem in einem Schreiben an die Redakteurinnen und Redakteure die Position der IG Medien zu diesem Punkt ausführlich erläutert. Abgewehrt wurde die Forderung des BDZV nach der Einführung von Richtzeiten. Die Arbeitszeitregelung im Manteltarifvertrag bleibt mit Ausnahme der 35-Stunden-Woche unverändert. *Altersversorgung in vollem Umfang gesichert:* Im materiellen Bereich haben sich die Gewerkschaften weitgehend durchsetzen können. Die wichtigste Botschaft ist: Die Altersversorgung bleibt in vollem Umfang

erhalten, auch für künftige Kolleginnen und Kollegen. Zukünftig zahlen die Verlage also 5 Prozent des Gehalts in das Versorgungswerk der Presse, die Redakteurinnen und Redakteure wie bisher 2,5%. *Gehaltserhöhung 1,5 Prozent:* Die Gehälter der Redakteurinnen und Redakteure und der Volontärinnen und Volontäre werden ab 1. Januar 1998 einheitlich in Ost und West um 1,5 Prozent erhöht. Für die Kolleginnen und Kollegen in den alten Bundesländern gibt es für den Zeitraum von August bis Dezember 1997 eine Einmalzahlung von 400 DM (Volos 200 DM). Die Einmalzahlung konnte nicht für den Bereich der neuen Bundesländer erreicht werden. Für die nächste Gehaltsrunde gibt es die Zusage des BDZV, grundsätzlich keine weitere Differenzierung zwischen Ost und West zu verlangen. Für die freien Journalistinnen und Journalisten wurde eine Erhöhung der Honorare rückwirkend zum 1. August 1997 um 1,5 Prozent vereinbart. Nicht erreicht werden konnte die Beibehaltung der vollen Jahresleistung.

Quelle: IG Medien Tarifinformation, CL-Netz, gekürzt

SIEBENER-VERBUND: Die Vorsitzenden von ÖTV, DAG, GEW, GdED, DPG, HBV und IG Medien haben am 17.11.97 Beschlüsse gefaßt, die den gerade erst geschlossenen Verbund der drei letztgenannten Gewerkschaften als überholt erscheinen lassen. Die Vertreter sieben Gewerkschaften zeigten sich einig, daß man zur Ausschließung möglicher Konkurrenz untereinander dauerhafte Grundlagen schaffen müsse, zu denen die Neu-

ordnung von Branchenzuständigkeiten sowie „aller Voraussicht nach“ eine gemeinsame Mitgliedschaft und die gemeinsame Verwendung des Beitragsaufkommens gehören. Das Verhältnis zwischen zentralen Funktionen und dezentraler Interessenwahrnehmung müsse bestimmt bzw. neu entwickelt werden. Bei letzterem reichen die kontroversen Vorschläge von einer Unterteilung in z.B. Fachgruppen bis zu Fachgewerkschaften ähnlich dem österreichischen Modell. Unter anderem wurde folgendes Vorgehen verabredet: Bis Ende Januar 1998 sollen die Vorstandsssekretäre einen Plattformentwurf für den Siebenerverbundvorgang vorlegen. Der Entwurf wird von den Vorsitzenden Anfang Februar diskutiert und vom Lenkungsausschuß („große Runde“) am 23./24. Februar abschließend beraten. Die zuständigen Gewerkschaftsgremien sollen bis zum Frühsummer 1998 entscheiden, ob auf Basis der Plattform weiter mitgemacht werden soll. Bei HBV und IG Medien stehen im Oktober Gewerkschaftstage an, die ebenfalls Beschlüsse zum weiteren Vorgehen fassen werden. Nach weiterer Konkretisierung der organisatorischen Neuordnung bis Ende November 1998 sollen den Mitgliedern der sieben Gewerkschaften bis Herbst 1999 die geplante Neugestaltung und der Weg dahin zur Diskussion gestellt werden. - Auf außerordentlichen Gewerkschaftstagen Ende 1999 / Anfang 2000 soll die organisatorische Neuordnung mit Satzungsänderungen eingeleitet werden.

aus Solinet

Zusammenstellung: alk



Gewisse Zugeständnisse machte die Regierung beim Postgesetz: So bleibt das „Briefmonopol“ noch einige Jahre erhalten und werden Konkurrenten der Post AG zur Einhaltung von Sozialstandards verpflichtet. Bewirkt haben das zahlreiche Aktionen von Postlern wie z.B. in Rellingen (Schleswig-Holstein – unser Bild). Rund 60 Postler, darunter 40 Auszubildende, protestierten vor dem Kreisbüro der CDU. Die Deutsche Postgewerkschaft und die Beschäftigten wiesen darauf hin, daß allein an der Westküste etwa 400 von 1950 Arbeitsplätze wegfallen werden. Der Betriebsratsvorsitzende Lorenzen erklärte: „Einer Politik, die in letzter Konsequenz in eine Tagelöhnervolkswirtschaft führen würde, erteilen wir eine klare Absage und werden sie bekämpfen. Sonst werden ohne Not Arbeitsplätze vernichtet.“ Eine Resolution, die dem CDU-MdB Willner überreicht werden sollte, wurde erst, nachdem die Postler des Grundstückes verwiesen wurden, durch Willners Wahlkreisassistenten D. Martin entgegengenommen. Elmshorner Gegensatz, S.P.

Tarifrunde 1998

Will die ÖTV sich das 4,5 % Gesamtvolume für Beschäftigungs-sicherung anrechnen lassen?

Als „windelweich“ charakterisierte eine Berliner ÖTV-Funktionärin die Forderungsaufstellung der Großen Tarifkommission, deshalb sind in den 21 Gegenstimmen insbesondere auch die aus Berlin enthalten.

Selten waren Tarifforderungen so unkonkret. Ausgleich der Preissteigerungsrate? Die alte oder die durch die Mehrwertsteuererhöhung zu erwartende? Arbeitszeitverkürzung – inzwischen auch ohne sozial gestaffelten Lohnausgleich? Eine soziale Komponente findet sich nirgendwo mehr!

Deutliche Worte finden sich einzig und allein zum Thema Lohnfortzahlung und entsprechende Kompensationsforderungen: „Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das System der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung, das Weihnachts- und Urlaubsgeld und andere materielle Regelungen und Schutzvorschriften stehen für die Gewerkschaft ÖTV nicht zur Disposition... Andernfalls wird die Gewerkschaft ÖTV eine härtere Gangart einschlagen, um dem Ansinnen der Arbeitgeber paroli zu bieten ...“ (Erklärung der Großen Tarifkommission v. 18.12.1997).

Ganz offensichtlich wollen die Tarifverhandlungsführer freie Hand bei der Aufteilung der 4,5 % Verhandlungsmasse haben. Der erste Verhandlungstermin ist am 15. Januar 1998.

Dokumentiert: Beschuß der Tarifkommission

Für die Tarifbewegung 1998 für den öffentlichen Dienst in West und Ost erhebt die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV folgende Forderungen:

Zur Sicherung von Beschäftigung sowie zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, zur Sicherung der Einkommen durch Ausgleich der Preissteigerungsrate und zur weiteren Angleichung der tariflichen Arbeits- und Einkommensbedingungen im Tarifgebiet Ost an das Westniveau fordert die Gewerkschaft ÖTV im Rahmen eines Gesamtvolumentums von 4,5 % Tarifverhandlungen mit folgenden Schwerpunkten zu führen:

1. Die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen hat in West und Ost hohe Priorität. Dabei kommt der tarifvertraglichen Ausgestaltung der Altersteilzeit besondere Bedeutung zu. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll der frühere Ausstieg aus dem Arbeitsleben ermöglicht, Auszubildenden und Arbeitslosen eine bessere

Perspektive für ihr Berufsleben eröffnet werden.

2. Weitere beschäftigungswirksame Maßnahmen mit Mitteln der tariflichen Arbeitszeitpolitik sollen durch die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit mit überprüfbarer Wirkung, den Abbau von Überstunden und Mehrarbeit, die Arbeitszeitgestaltung mit der Einführung von Arbeitszeitkonten und durch die Faktorisierung von Arbeitszeit realisiert werden.

3. Die Angleichung der tariflichen Arbeits- und Einkommensbedingungen in Ostdeutschland an das westliche Niveau ist und bleibt wesentliches tarifpolitisches Ziel der Gewerkschaft ÖTV. Durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich bzw. durch die weitere Angleichung von Einkommen muß ein weiterer Schritt zur Tarifeinheit getan werden.

4. Sicherung der Einkommen durch vollständigen Ausgleich der Preissteigerungsrate.

5. Zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen hat sich das Instrument der „Sozialen Arbeitszeitverkürzung“ im Tarifgebiet Ost bewährt. Die Möglichkeit zum Abschluß von regionalen oder örtlichen Tarifverträgen ist daher über den 31. Dezember 1997 hinaus befristet zu verlängern.

Zur Gestaltung der Arbeitszeit durch Arbeitszeitkonten und -faktorisierung ist seit der Tarifrunde 1995 – trotz entsprechender Vereinbarung – kein Abschluß zustandegekommen. Die Große Tarifkommission hält daher die Kündigung des Ausgleichzeitraums von einem Jahr zur Berechnung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit zum 28. Februar 1998 für unumgänglich.

Die Große Tarifkommission fordert Bund, TdL und VKA auf, die Tarifverhandlungen am 15. Januar 1998 ohne Vorbedingungen fortzusetzen und ein eindeutiges Signal für Beschäftigung zu setzen.

(Beschlossen mit 113:21:2)



Mehrere hundert städtische Beschäftigte protestierten am 18. Dezember im Stuttgarter Rathaus gegen die Sparpläne der Stadt. Die Zusicherung des Verwaltungsbürgermeisters Murawski (Grüne), daß 1998 unterm Strich sogar mehr Stellen geschaffen würden, stieß auf große Skepsis.

ÖTV Stuttgart

Aktion gegen Stadthaushalt: massiver Stellenabbau droht!

Die ÖTV Stuttgart kritisiert den Haushaltplan der Stadt Stuttgart, der derzeit im Gemeinderat diskutiert wird. In einem Flugblatt schreibt sie:

In den Reden von OB Schuster und des EBM (Ersten Bürgermeisters) Lang wird er angekündigt: der Sparkurs bei den Personalkosten. 100 bis 150 Millionen DM sollen kurzfristig eingespart werden.

In den Anträgen der CDU wird er konkretisiert: 150 Millionen DM Einsparungen als Finanzziel der Verwaltungsreform!

Das kommt uns doch bekannt vor: 150 Millionen wurden schon einmal einge-

spart – auch bei den Personalkosten. Das hat uns 1600 Stellen gekostet!

Jetzt soll die hoch gepriesene Verwaltungsreform den weiteren Personalabbau bringen. Da dämmert es vielleicht dem einen oder anderen, daß „Verwaltungsreform“ auch mit „Rationalisierungsoffensive“ umschrieben werden kann!

Aufregung unnötig?

EBM Lang (CDU) und BM Murawski (Die Grünen) halten den Antrag der CDU mit diesem festgelegten Finanzziel nicht für sinnvoll: „Der Betrag müsse sich aus der Reform selbst ergeben.“ Man solle lieber

warten, was die Verwaltung selbst an Vorschlägen bis Ende März vorlegt. (Stuttgarter Nachrichten vom 28.11.97)

Es kommt noch schlimmer!

Erste Erfahrungen mit solchen „Reform“-Vorschlägen der Verwaltung machen gerade die Kollegen/Innen von Hauptamt und Personalamt. Bei der Neustrukturierung dieser beiden Ämter soll ein Rationalisierungsgewinn von 216 Stellen herauskommen. Das ist ein Personalabbau von ca 30 %!

Aber: bloß keine Panik!

Sofort wird natürlich verharmlost und denjenigen, die solche Pläne publik machen und angreifen, Panikmache vorgeworfen. Doch die Brandstifter sitzen in den Schaltzentren der LHS (Landeshauptstadt): Tatsächlich gibt es noch viel weitergehende Pläne, denn das Motto lautet:

Sparen um zu investieren!?

Die ideologische Grundlage für diese Rationalisierungsoffensive in der öffentlichen Verwaltung hat OB Schuster mit seinem Slogan „Sparen um zu investieren“ gelegt. Am öffentlichen Haushalt soll gespart und in der Privatwirtschaft soll investiert werden.

Einerseits: massive Leistungskürzungen und Sozialabbau bei öffentlichen Ausgaben (Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Sozialhilfe) und massiver Arbeitsplatzabbau sowie Arbeitsverdichtung im öffentlichen Dienst!

Andererseits: Die 500 Millionen aus dem Aktienverkauf der TWS (Technischen Werke Stuttgart) sollen nach dem Willen der Politiker in Prestigeobjekte fließen, wie Fildermesse (200 Mio.), Bibliothek des 21. Jahrhunderts (90 Mio.), neue Galerie (50 Mio.) oder Technik-Erlebnispark (30 Mio.).

Die Vorstellung, durch Investitionen in die Privatindustrie „Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu erhalten“ (O-Ton CDU bei den Haushaltsreden) entbehrt jeder Grundlage. Die Grünen haben das in ihrer Haushaltsrede richtig erkannt: „Großprojekte wie Stuttgart 21 und die neue Messe beruhen auf der vagen Hoffnung, daß sich pro betonierten Kubikmeter die entsprechende Menge von Arbeitsplätzen schon einfinden wird.“ Diese Ideologie von „mehr Subventionen für die Privatwirtschaft gleich mehr Beschäftigte“ ist schon seit Jahren am Ende. Dagegen bringt die Investition in arbeitsintensiven Sektoren, wie den öffentlichen Dienst, tatsächlich Arbeitsplätze.

Wir fordern deshalb: • Kein Abbau öffentlicher Dienstleistungen und Arbeitsplätze; • Investition der 500 Millionen in öffentliche Dienstleistungen, • um damit tatsächlich Arbeitsplätze neu zu schaffen und bestehende zu erhalten und • um den Sozialstaat zu erhalten und auszubauen!
Aus: ÖTV-Informationen für die Beschäftigten der Stadt Stuttgart 12/97

Manteltarifverhandlungen für ledererzeugende Industrie

Konflikt in der Tarifkommission

Gegen die Stimmen der vier Tarifkommissionsmitglieder der Freudenberg-Betriebe hat die Tarifkommission Ledererzeugende Industrie der IG BCE einen neuen Manteltarifvertrag (MTV) abgeschlossen. Die Tarifkommission besteht aus 15 Mitgliedern. Die 11 anderen repräsentieren nach einem regelrechten Branchensterben nur noch ca. 20% der vom Tarifvertrag Betroffenen in ca. 20 kleineren Betrieben. 80% der Betroffenen arbeiten in Freudenberg-Betrieben. Am 8.12. fand eine Bundeskonferenz von 13 Betriebsratsgremien des Freudenbergkonzerns auf Einladung des Konzernbetriebsrates statt. Diese Konferenz wandte sich mit dem im folgenden dokumentierten Schreiben an den Hauptvorstand der IG BCE. *tht*

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auf Einladung des Konzernbetriebsrats wurden wir Betriebsratsmitglieder aus insgesamt 13 Betriebsratsgremien des Freudenberg-Konzerns am 8.12.97 über das Ergebnis der Schlichtung und den Tarifabschluß für den Manteltarifvertrag der Ledererzeugenden Industrie informiert. Als Ergebnis dieser Information stellen wir fest:

Wir sind entsetzt darüber, daß bei der Schlichtung am 3.12.1997 der vorliegende Tarifabschluß in dieser Form unterzeichnet wurde! Damit haben die Arbeitgeber langjährige Ziele gegen die Beschäftigten durchgesetzt!

Der vorliegende Tarifabschluß bedeutet für die Beschäftigten bei den Freudenberg-Firmen massive Verschlechterungen! Er führt nicht nur zu einer Senkung der effektiven Einkommen, die die Leitung des Freudenberg-Konzerns mit ca. 6% angibt. Er stellt vor allem den seit einigen Jahren andauernden Widerstand der Belegschaften und Betriebsratsgremien bei Freudenberg gegen die Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten auf das Wochenende vor fast unlösbare Probleme! Er unterhöhlt selbst die noch vorhandenen Regelungen des Manteltarifvertrages, indem es die gesamte Verantwortung für die tatsächlichen Arbeitsbedingungen auf die Betriebsräte abwälzt – auf eine Ebene also, die weit mehr als die Branchengewerkschaft erpreßbar und bekanntlich zudem nicht mit gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten ausgestattet ist!...

Entgegen den immer wieder geäußerten Zusagen, die Basis in diese grundlegende Auseinandersetzung um unsere Arbeitsbedingungen einzubeziehen, wurde dieser Abschluß vollständig an der Basis vorbei getätig. Müssen wir uns so die Demokratie in unserer neuen Gewerkschaft, der IG BCE, vorstellen? Wir hatten sehr intensiv an der Basis um Lösungen gerungen. Die hierbei sichtbaren

Kompromisse werden nun durch den im Rahmen der Schlichtung akzeptierten Tarifabschluß über Bord geworfen. Dieses Verfahren enttäuscht die Mitglieder und Funktionäre unserer Gewerkschaft zutiefst und ist für die weitere Arbeit in unseren Betrieben im höchsten Maße gewerkschaftsschädigend! Es ruft für unsere gewerkschaftliche Arbeit – gerade auch im Vorfeld der nun anstehenden Betriebsratswahlen – ungeheuer belastende Probleme hervor und stellt ein außerordentliches Hindernis für die so dringend notwendige und von uns mit aller Kraft angestrebte Mitgliederwerbung dar...

Besonders bitter ist für uns, daß die massive Verschlechterung, die der Abschluß des Manteltarifvertrages in dieser Form für die Freudenberg-Beschäftigten bedeutet, ohne Not hingenommen wurde! Der Freudenberg-Konzern zum Beispiel befindet sich keineswegs in einer wirtschaftlichen Lage, die die Beschäftigten zu irgendwelchen Zugeständnissen treiben müßte. Jedoch wird der Freudenberg-Konzern – auch im Vergleich der Betriebe der Branche – der Hauptnutznießer dieses Tarifabschlusses sein, da viele der jetzt durchgesetzten Regelungen vor allem bei den Freudenberg-Betrieben greifen werden.

Dabei ist für uns genauso bitter, daß dieser Vertrag unterschrieben wurde, obwohl auch von der Verhandlungssituation hierfür für die Tarifkommission keinerlei Not bestand. Eine Nicht-Einigung hätte lediglich bewirkt, daß die bisher geltenden Manteltarifverträge erst hätten gekündigt werden müssen und somit noch mindestens bis Ende 1998 gegolten hätten.

Wir unterstützen die Mitglieder der Tarifkommission aus Weinheim, die auch in der Tarifkommission gegen den Abschluß des Vertrages in der jetzt vorliegenden Form argumentiert haben. Wir kritisieren, daß sich die Tarifkommission diesem Votum nicht angeschlossen haben, obwohl von dem Abschluß nun zum überwiegenden Anteil Freudenberg-Beschäftigte betroffen sind!

Wir fordern die Mitglieder und Funktionäre in den Freudenberg-Betrieben auf, ihren Widerstand gegen die ausschließlich an Arbeitgeberinteressen orientierte Arbeitszeitpolitik und gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen fortzusetzen – trotz der nun ungleich schwierigeren Bedingungen, die mit dem Tarifabschluß geschaffen wurden.

Wir fordern den Hauptvorstand auf dafür Sorge zu tragen, daß die Interessen der Mitglieder und der Belegschaften nicht mit Füßen getreten werden! Es darf nicht sein, daß unsere neuen IG BCE zuläßt, daß unsere in Jahrzehnten erkämpften Rechte und Arbeitsbedingungen zerstört werden!“



ABB Kraftwerke AG Mannheim

Arbeitsniederlegung gegen Maßregelung

„Etwa 100 Beschäftigte des Käfertaler Standortes hatten sich am 3.12.97 den Protesten ihrer Saarbrücker Kolleginnen und Kollegen vor dem Mannheimer Dörrin-Hotel angeschlossen, um gegen die Entscheidung des ABB Aufsichtsrates zu protestieren, das Werk Saarbrücken zu schließen (siehe Bild; Red.). Die Beschäftigten hatten ordnungsgemäß in Käfertal abgestochen und Zeitguthaben für die Aktion genutzt.

Der Vorstand der ABB Kraftwerke AG, Mannheim, hat nun Lohnabzüge und Abmahnungen gegen Belegschaftsangehörige veranlaßt, die sich an den Protesten gegen die Schließung des ABB Elektromotorenwerkes Saarbrücken beteiligt hatten.

Die Belegschaft des Produktionsbereichs legte die Arbeit daraufhin nieder und beschwerte sich beim Betriebsrat.

Auf dem Hof trafen die Beschäftigten den kaufmännischen Vorstand Heinz Herrmann. Herr Herrmann ließ die Belegschaft einfach stehen und ging in sein Büro im Hochhaus in der Kallstadterstrasse. Im Vorträgsraum diskutierten Betriebsräte und Beschäftigte mit den Vorstandsmitgliedern Heinz Herrmann und Dirk Bunthoff den Vorfall. Nach halbstündigen Wortwechsel ließen die Vorstandsmitglieder die Belegschaft wiederum stehen, ohne die Maßnahme zurückzunehmen. Die Belegschaft blieb daraufhin bis ca. 15.30 Uhr im Hochhaus.

Durch das unverhältnismäßige Verhalten des Vorstandes der Kraftwerk AG wird der Betriebsfrieden gestört. Der Betriebsrat wird am Montag morgen auf einer Sondersitzung die entstandene Situation beraten und entsprechende Beschlüsse fassen!“

Presseerklärung des Betriebsrats von ABB Mannheim-Käfertal, Mannheim, 12.12.97

Bis jetzt (16.12.97) hat die Geschäftsleitung ihre Maßnahmen gegen die Beschäftigten nicht zurückgenommen, trotz neuerlicher Arbeitsniederlegung von 700 Beschäftigten am 15.12. Zur Zeit werden Unterschriften für die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung gesammelt, sollte die Geschäftsleitung ihre Personalmaßnahmen nicht doch noch zurückziehen. *scr*

Kodak Mühlhausen / Gruibingen

Betriebsversammlung und andere Aktionen

Zwischenbericht durch die IGM-Vertrauensleute von KODAK in Mühlhausen.

Am 10.12.97 fand in Mühlhausen (Kreis Göppingen) die vierte ordentliche Betriebsversammlung in 1997 statt. Nachdem der Vorstand der Kodak AG den erschütternden Bericht mit der Nachricht von 348 anstehenden Entlassungen an die Belegschaft gab, schloß sich eine sehr emotional geladene Diskussion an.

Zur Betriebsversammlung wurden einige Gäste eingeladen: Zwei KollegInnen von Bauknecht in Calw berichteten von ihrem Widerstand gegen die Schließung ihres Werkes, das dem amerikanischen Konzern Whirlpool angehört. Die KollegInnen konnten eindrucksvoll schildern, wie deren Konzernführung mit Menschen umgeht, die in den vergangenen Jahren ständig Opfer für „den Erhalt ihrer Arbeitsplätze“ gebracht haben. Sie konnten sehr viele Parallelen zu der Situation bei Kodak aufzeigen: Die Belegschaft in Calw wurde jahrelang immer kleiner geschrumpft, bis sie nur noch knapp 400 Beschäftigte waren. Jetzt wird ihnen das damit gedankt, daß sie als „kleinstes Werk der Company“ geschlossen werden sollen, obwohl sie das produktivste Werk innerhalb des Konzerns sind. Die Calwer Kolleginnen haben mit ihrem breiten Widerstand bereits erste Erfolge erkämpft: Zum ersten Mal kam das amerikanische Management nach Deutschland in das Werk zur Betriebsversammlung, die eine Woche vor unserer stattgefunden hatte. Ebenso konnten sie die geplante Schließung des Standorts

um vorerst drei Monate hinauszögern.

Die Bürgermeister der beiden angrenzenden Gemeinden des Kodak-Werks wohnten der Betriebsversammlung ebenso bei wie der Oberbürgermeister Martin Bauch aus Geislingen, der in seiner Rede deutliche Worte in Richtung Management abgab, in denen er ihre soziale Verantwortung annahmte. „Es darf nicht sein, daß Arbeitsplätze zum größten Luxusgut werden!“ sagte Bauch und verwies auf die hohe Arbeitslosigkeit im Raum Geislingen mit 8,5%, dies durch die Vernichtung von über 1500 Arbeitsplätzen in den letzten Jahren. „Die Gewinne globalisieren und die Verantwortung nationalisieren, das wird weltweit nicht aufgehen! Der Konzern stellt den Gewinn des Gesamtkonzerns vor Verantwortung,“ so brandmarkt Bauch die Unternehmensmaxime von Kodak.

Außerdem kamen noch der Betriebsseelsorger Alfons Forster, Betriebsräte der anderen beiden Kodak-Standorte aus Stuttgart/Wangen und Scharnhauen sowie 20 Beschäftigte zu Wort.

Um 12.30 Uhr wurde die Betriebsversammlung unterbrochen, um die vor dem Werkstor stehende Presse (Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen) über die Pläne der Kodak AG zu informieren.

Bei der kurzen Kundgebung, zu der sich fast 100% der Beschäftigten einfanden, bildete sich ganz spontan ein Protestzug, der durch Mühlhausen zog, womit die Beschäftigten ihren Unmut über die Kahlschlagpolitik des Managements eindrucksvoll ausdrückten.

Nach 1,5 Stunden wurde die insgesamt 6,5stündige Betriebsversammlung Betriebsversammlung in der Kantine fortgesetzt.

Die Belegschaft hat eindeutig demonstriert, daß sie bereit ist, für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Ganz besonderen Dank möchten wir den BürgerInnen von Mühlhausen aussprechen, die uns während dem Protestmarsch breite Unterstützung bekundeten und auch der Autobahnpolizei, die ganz spontan einen Streifenwagen zur Absicherung der „ungeeigneten“ Demonstration zur Verfügung stellten.

Der Kampf wird weiter gehen! Ein Motto unseres Widerstands: „Wer da nicht rot sieht, hat Tomaten auf den Augen!“

aus Bawue-Net



Gesellschaftliche Probleme werden nicht gelöst, sondern verdrängt

Die CDU erklärte jüngst bei ihrem Leipziger Parteitag die innere Sicherheit zum Hauptthema des Bundestagswahlkampfs. CSU-Waigel setzte noch eins drauf: „Null Toleranz gegen Straftäter“ forderte er, um so gleich fortzufahren: 500 000 Ausländer im Jahr können Deutschland nicht verkraften. Das Thema Kriminalität wird aber auch auf Landesebene und in den Gemeinderäten hochgespielt, und die Bürgermeister bis hin zu SPDlern versuchen, sich als Kämpfer gegen das Verbrechen zu profilieren. Ein Wahlkampf steht bevor, der die reaktionäre Entwicklung der Innen-, Rechts- und Ausländerpolitik vorantreiben soll. Die Stellungnahmen aus Polizeikreisen zum Thema sind hingegen eher nachdenklich und liefern Hinweise auf die tatsächlichen Probleme und sogar Lösungsmöglichkeiten. Die Berichterstattung der Presse trägt hingegen wenig zur Aufklärung bei, Fragen werden nicht gestellt. Ein Bericht aus dem Stuttgarter Gemeinderat illustriert diesen Zusammenhang.

In Baden-Württemberg kein Anwachsen der Kriminalität

Justizminister Goll stellte am 20. Oktober die Kriminalitätsstatistik von Baden-Württemberg vor. „Immer mehr Jugendliche im Südwesten landen vor dem Richter“, überschrieb die *Stuttgarter Zeitung* am 21.10. ihren Bericht. Aus den dort veröffentlichten Zahlen ergibt sich:

1. Die Zahl der Verurteilungen in Baden-Württemberg stieg 1996 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozent und lag 4 000 Fälle niedriger als beim Höchststand von 1994. Insgesamt wurden 101 000 Männer und 17 000 Frauen verurteilt, davon 41 000 wegen Delikten im Straßenverkehr und von diesen wiederum etwa die Hälfte wegen Trunkenheit am Steuer. Die Relation von Verurteilungen zur Bevölkerungszahl war in 1996 ebenfalls um 4 Prozent niedriger als 1994. Die Kriminalität ist also nicht gewachsen, sondern stagniert.

2. Von den ca. 118 000 Urteilen insgesamt ergingen rund 100 000 gegen Erwachsene, 12 100 gegen Heranwachsende (18–21 Jahre) und 6 400 gegen Jugendliche (14–18 Jahre). Die Zunahme der Verurteilungen betrug bei den Jugendlichen 13,7 Prozent, bei den Heranwachsenden 5,4 Prozent und sank bei den Erwachsenen um 1,1 Prozent. Es gibt also wohl ein größeres Problem bei jungen Menschen.

3. Welche Art von Straftaten beginnen die verurteilten Jugendlichen in Baden-Württemberg? Zugewonnen haben die Verurteilungen von Jugendlichen wegen gefährlicher und schwerer Körperverletzung um 42,3 Prozent und wegen Raubes und Erpressung um fast 43 Prozent. In-

nerhalb der Verurteilungen von Jugendlichen hat es also nicht nur eine Zunahme (+13,7 %), sondern auch eine erhebliche Veränderung in der Art der Straftaten gegeben.

4. Aber auch bei den Erwachsenen hat die Zahl der Verurteilungen wegen Körperverletzungen um 11 Prozent und wegen Raub und Erpressung um 17 Prozent zugenommen gegenüber 1995. Deutet das darauf hin, daß die Zunahme der Rohheits- und Gewaltdelikte sozusagen im gesellschaftlichen Trend liegt?

Die Zahl der verurteilten Ausländer hat nicht zugenommen, auch nicht bei den jungen. Der Zuwachs ist also nur bei Deutschen zu verzeichnen. Dennoch ist die Zahl der Verurteilungen von Auslän-

jeden Fall eine bewußte politische Lüge. Eine Aufhebung diskriminierender Gesetze und Vorschriften würde sofort massiv die Zahl der Straftaten senken.

Die Bedrohung der Bevölkerung in Baden-Württemberg durch Kriminalität ist also nicht gewachsen. Unruhigend ist aber der Anstieg bei Jugendlichen. Law-and-Order-Parolen werden jedoch keine Abhilfe bringen, sondern nur die Ursachen verschleieren und reaktionäre Stimmungen anheizen. Das sollte man Politikern nicht durchgehen lassen.

Das Problem der Jugendkriminalität am Beispiel der Landeshauptstadt

Im Stuttgarter Gemeinderat referierten Mitte September in einer öffentlichen

Sitzung drei Polizeiexperten über die „Kinder- und Jugendkriminalität in Stuttgart“: der Landespolizeipräsident Erwin Hetger, der Stuttgarter Polizeipräsident Haas und der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer. Die Informationen und Bewertung dieser drei Experten unterscheiden sich deutlich von den Hau-drauf-Parolen der Regierungskoalition und eines Schröder. Man könnte sogar sagen, die Polizei ist in dieser Frage links von der Politik, und feststellen, daß diejenigen, die von Berufs wegen den Knüppel schwingen müssen, besser hinschauen und die sozialen Probleme und ihre Folgen genauer zur Kenntnis nehmen als die meisten Politiker (und daß sie nicht für Fehl-

leistungen der Politik den Kopf hinhalten wollen). Vor allem aber lassen sich aus ihren Darstellungen Vorschläge zur Verbesserung ableiten. Am Rande: Die CDU blamierte sich, als sie bei der Rede von Polizeipräsident Haas mehrheitlich den Saal verließ.

Landespolizeipräsident Hetger: Gegen das New-Yorker-Modell

Der Landespolizeipräsident Hetger stellte klar, daß Baden-Württemberg die geringste „Kriminalitätsbelastung“ (gemessen in der Zahl der auf 100 000 Einwohner entfallenden Straftaten) aller Bundesländer hat. Die wachsende Kriminalität von Jungtätern sei aber besorgniserregend, seit 1997 habe sie sich bei Kindern verdoppelt, bei Jugendlichen



um 60 Prozent erhöht. Bei ausländischen Jugendlichen war sie doppelt so hoch, der Anstieg erfolgte aber nur bei deutschen Jugendlichen. Ladendiebstahl und Diebstahl machten bei Kindern 76 Prozent der Fälle aus, bei Jugendlichen 50 Prozent. Die Gewaltkriminalität sei in beiden Gruppen in den letzten zehn Jahren überproportional angestiegen.

Hetgers Erklärungsansatz: Zum einen seien informelle Kontrollinstanzen (z.B. Eltern, Nachbarschaft, soziales Umfeld) weggefallen, zum andern werde statt dessen heute die Polizei geholt. Die Ursache seien gesellschaftliche Veränderungen: die Dominanz des Diebstahl bei den Straftaten jugendlicher Täter sei ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Konsumorientierung.

Daraus schließt der Landespolizeipräsident: Die Entwicklung der Jugendkriminalität zwinge zum Umdenken. Rechtsprinzipien müßten von allen akzeptiert werden. Man müsse aber differenzieren zwischen Gelegenheits- und Intensivtätern: seit 1990 gebe es in der Polizeitaktik Diversionskriterien für flexible Reaktionsmöglichkeiten. Die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters lehnte Hetger ab. Seine Vorschläge: ambulante Hilfe unter Einbeziehung der Eltern, geschlossene Heime nur als Ultima ratio (d.h. als letztes Mittel), Täter-Opfer-Ausgleich. Man solle überlegen, ob die Polizei die Möglichkeit der Verwarnung erhalte. Gegen Intensivtäter will Hetger vorgehen durch Feststellung von Rädelsführern, Dialog mit auffälligen Gruppen, Aufhebung der Anonymität, die Verhinderung von offenen Drogenszenen. Weiter plädierte Hetger für die Zusammenarbeit der Polizei mit Schulen und Jugendämtern. Derzeit sei ein Präventionsprogramm mit Beginn im Vorschulalter in Arbeit.

Was kann die Stadt, was kann der Bürger tun? Hetger wies darauf hin, daß die Jugend-, Sozial- und Ausländerpolitik entscheidend seien, im einzelnen müßten arbeitslose Aussiedler gefördert werden, die Stadt müsse spezielle Maßnahmen für Randgruppen einsetzen wie Streetworker und betreute Anlaufstellen. Die vorhandenen Hilfen müßten die Personen aber auch erreichen, dazu sei eine Vernetzung erforderlich.

Hetger wandte sich ausdrücklich gegen das New Yorker Modell: Unangenehme Personen sollten nicht aus der Stadt vertrieben werden, sondern man müsse „Szenen“ verhindern, allerdings mit Augenmaß und der hohen sozialen Kompetenz der Polizei im Lande und nicht mit der New Yorker Null-Toleranz-Taktik.

Haas: Ausdehnung der Hilfen, nicht der Strafmöglichkeiten

Der Stuttgarter Polizeipräsident Haas nannte die Stuttgarter Kriminalitätszahlen von 1996: 55 000 Straftaten, 20 000 Tatverdächtige, jeder vierte bis fünfte davon unter 21 Jahren, darunter 1000 Kin-

der und 2000 Jugendliche. Kinder und Jugendliche sind bei Straftaten überrepräsentiert. Diese Zahlen steigen seit zehn Jahren, seit 1993 sinkt der Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen. Nicht nur die Täter, sondern auch die Opfer werden immer jünger, d.h. Diebstahl und Gewalt werden gegen Gleichaltrige verübt. Seit zwei Jahren bildeten sich in Stuttgart Jugendbanden mit hoher Gewaltbereitschaft. Entgegen von Presseberichten seien dies aber multiethnische Gruppen, also nicht durch nationale Grenzen oder Konfrontation geprägt.

Ein Patentrezept wußte Haas nicht. Die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters sei ungeeignet. Statt der Ausdehnung der Strafmöglichkeiten und staatlichen Kriminalisierung sei die Ausdehnung der Hilfen erforderlich: „Ausbildungsplätze statt Strafverfahren“. In Stuttgart gebe es nur zehn bis zwanzig Intensivtäter. Die Ursachenbekämpfung und Forschung müsse deshalb von den Taten ausgehen:

- Soziale Gegensätze werden von Jugendlichen nicht akzeptiert. In Stuttgart sind 600 Jugendliche arbeitslos, sieben Prozent der Minderjährigen sind Sozialhilfeempfänger.
- Die Ausgrenzung, die Jugendliche subjektiv erleben, wirkt gegen die Akzeptanz der Rechtsordnung. Spielregeln in einem Spiel, zu dem man nicht gehört, werden nicht eingehalten. Die Kränkung des Selbstwertgefühls führt zum Abzocken von Markenwaren.
- Keine Perspektive zu haben sei für Jugendliche verhängnisvoll, ein „kriminogener Faktor“. Der Konsumdruck durch Werbung in einer sozial gespaltenen Gesellschaft mache die Jugendkriminalität systematisch – zur „Zeitbombe“.

Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen bezeichnete Haas als zentrales Problem, als einen Skandal. Jeder dieser Jugendlichen habe einen Namen. Durch neue kommunale Strukturen müßten die schulischen und sozialen Defizite ausgeglichen werden. Haas forderte OB Schuster auf, Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich für arbeitslose Jugendliche zu schaffen und ehrenamtliche Paten für diese Jugendlichen zu werben. Es müsse möglich sein, daß Vertreter der Wirtschaft und der Stadt ein Komitee oder einen Ausschuß bilden, der für jeden der 600 arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeit schaffe.

Als zweites Problem nannte Haas fehlende Wertevermittlung und Erziehungsfähigkeit. Seine Frage: Was kann man tun, um Familien erziehungsfähiger zu machen? Seine Antwort: Verringerte Lebensbelastung von Familien (z.B. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot) und gestiegerte Hilfe bei der Lebensbewältigung (Kinderbetreuung, Spielmöglichkeiten, Beratung, Familienhilfe etc.). Nur im Notfall dürfe es zum Entzug des Sorgerechts kommen. „Billiger ist Prävention nicht zu haben!“ schrieb der oberste Polizist dem Oberbürgermeister und dem

Stadtrat ins Stammbuch.

Schließlich forderte Haas die Einführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs, um jugendliche Täter mit den Folgen ihrer Tat zu konfrontieren und ihnen Wiedergutmachung zu ermöglichen. In einem Haus des Jugendrechts müßten alle Stellen zusammenwirken, die sich mit der Jugendkriminalität befassen.

Verarmung führt zu Aggressivität Gewaltpfifer werden oft Gewalttäter

Prof. Christian Pfeiffer wies darauf hin, daß die Jugendkriminalität in allen europäischen Ländern steigt, außer in Österreich, dem Land mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit. Er beklagte, daß die sozialen Gegensätze in unserer Gesellschaft noch nie so groß waren wie heute. Die Statistik verschleiere das (durch die Stichtagsfeststellung): Nicht nur acht Prozent Minderjährigen sind von Sozialhilfe abhängig, sondern zwölf bis 15 Prozent. In Holland, wo Kinder strafmündig sind, entwickelt sich die Kinderkriminalität genauso wie in anderen europäischen Ländern.

Pfeiffer ergänzte die Stuttgarter Zahlen: Der größte Anstieg der Kriminalität bei 18- bis 21jährigen fand wegen des Heroin- und Cannabisverbots statt. Er griff indirekt die Stadtratsmehrheit an, weil sie die Vorschläge von Haas für eine liberalere Drogenpolitik verhindert. Das Schweizer Beispiel zeige, daß die harte Drogenpolitik Kriminalität geradezu produzieren, bzw. eine Liberalisierung zur Senkung der Kriminalität führe. (Lautes Maulen von der rechten Seite war hier im Stadtrat zu hören.)

Als weitere gesellschaftliche Ursachen nannte Pfeiffer:

- Die Privatmedien bringen die Leitbilder der Reichen in jede Wohnung: „Haste was, dann biste was!“ Woraus folgt: „Nimmste was, dann hastest du was!“
- Die soziale Kompetenz sinkt durch das Fernsehen. Streiten und Kreativität lernt man nur durch soziale Interaktion.
- Die Vorbilder der Gewalt, die die privaten Medien präsentieren, haken sich vor allem bei unterprivilegierten Kindern fest. Statt positiver werden ihnen negative Vorbilder präsentiert – „Männervorbilder“: ein Mann darf kein Verlierer sein.
- Wer zu Hause geprügelt wird, prügelt selber: das Opfer lernt die Täterrolle.

Als präventive Maßnahmen schlug Pfeiffer vor:

- Gewalt gegen Kinder muß erkannt und bekämpft werden. In Schweden wird jedem Kind in der Schule gesagt, wo es Hilfe finden kann; jedes Kind kann allein – auch anonym – zum Arzt gehen oder zum Psychologen.
- Eine Rechtsänderung ist erforderlich. Der Staat muß das Kind als Subjekt anerkennen mit eigenen Rechten. Immer noch ist ein BVG-Urteil in Kraft, das Prügeln von Kindern erlaubt. Dagegen muß es ein Gesetz geben.
- In der Schule muß Früherkennung von



Gewalt gegen Kinder gewährleistet werden, die Kinder müssen aber auch die richtige Reaktion auf Gewalt lernen. In Norwegen z.B. werden Schüler als Konfliktlotsen im Schulbereich ausgebildet und eingesetzt.

- Schulen und Sportvereine sollen zusammenarbeiten: Sportvereine dürfen an Schulen werben und Schuleinrichtungen benützen. Jugendhilfe, Sport und Schule müssen verzahnt werden.
- Die Polizei muß eine andere Rolle in der Prävention spielen. Es müssen Frühwarnsysteme für Verwahrlosungsscheinungen eingerichtet werden.

Vergleicht man die Vorschläge in den oben dargestellten Diskussionsbeiträgen, stellt man fest, daß sie in krassem Widerspruch zur Politik in Baden-Württemberg oder in Stuttgart stehen:

Schulklassen werden größer, weil keine Lehrer eingestellt werden; Fahrtkosten zur Schule werden den Eltern aufgebürdet; die Lernmittelfreiheit wird immer dreister außer Kraft gesetzt; für Förderunterricht muß bezahlt werden; Musikschulen werden teurer, Sozialarbeiter an Schulen werden eingespart; Bibliotheken verlangen Gebühren, Kindergartenplätze kürzen ihre Öffnungszeiten, vergrößern ihre Gruppen und werden teurer, Hortplätze werden abgebaut zugunsten der Kernzeitbetreuung; ... der soziale Wohnungsbau wurde weitgehend eingestellt, ... in Jugendzentren wird gekürzt: die Liste dieser Schandtaten ist endlos.

Gleichzeitig wächst die Zahl der problematischen Arbeitsverhältnisse mit Schicht- und Nachtarbeit, mit unsteter Beschäftigung, Saisonarbeit, Arbeit ohne Sozialversicherung wie auch die Verarmung durch Arbeitslosigkeit.

Die Debatte über die innere Sicherheit und die Propaganda über steigende Kriminalität und vor allem Jugendkriminalität sollen die Zustimmung der Bevölkerung zu weiteren Änderungen der Gesetze, zu noch massiverer Polizeipräsenz in den Städten, zur Ausgrenzung von Minderheiten in der Gesellschaft bewirken.

ulk, Kommunale Berichte Stuttgart

Neuwahlen des Landesvorstandes beschlossen

Mit dem Beschuß, am 24.1.98 vorzeitige Neuwahlen u.a. des Arbeitsausschusses durchzuführen und am 14.2. eine Landesversammlung zum Bundestagswahlkampf durchzuführen, hat eine Landesmitgliederversammlung der PDS Hamburg am 13.12. die Möglichkeit eröffnet, die völlig festgefahrene Situation im Landesverband zu überwinden. Seit fast zwei Jahren dauert die Krise des Landesverbandes an: Eine Wendung nach außen findet ebensowenig statt wie die Ausbildung der Mitglieder, der innerparteiliche Diskurs ist ebensowenig entwickelt wie die Auseinandersetzung mit praktischen Aufgaben. Hauptursache für die Selbstblockade ist ein nicht überwundenes Parteikonzept, das nach außen – gegenüber den sozialen und politischen Bewegungen – und nach innen – gegenüber anderen Auffassungen – Führungs-

ansprüche deklariert und durchzusetzen versucht. Die Neuwahlen können die Blockade lösen, wenn es gelingt, Mehrheiten für ein inhaltlich pluralistisches, organisatorisch diskursives Parteikonzept zu gewinnen, und wenn die notwendige Kritik am Parteikonzept alten Typs und an denen, die ihm anhängen, nicht umgekehrt zu Abrechnung und Ausgrenzung führt. Dann sollten auch in der Diskussion des Wahlprogramms die sachlichen Differenzen und Übereinstimmungen der Mitglieder faßbar und fruchtbare gemacht werden können, die es ermöglichen, daß sich die PDS Hamburg den praktischen Aufgaben in den realen Konflikten stellt und den notwendigen Beitrag leistet, daß sich die PDS als sozialistische Partei im Bundestagswahlkampf behaupten kann. scc

PDS Bundesvorstand

Entwurf des Wahlprogrammes veröffentlicht

Über den in diesen Tagen publizierten Entwurf des Parteivorstandes zum Programm der PDS zu den Bundestagswahlen wird der Parteitag am 3./4./5. April in Rostock beschließen. Der Text schließt ans '94er-Wahlprogramm an und nimmt Erfahrungen aus der Parlaments- und Parteiarbeit auf; daraus folgt wohl notwendig der stattliche Umfang (52 Schreibmaschinenseiten).

Der thematisch ausgebretete Entwurf sucht den Konflikt zur herrschenden Politik auf vielen Gebieten und bietet damit der vielstimmigen gesellschaftlichen Kritik die Chance, im Wahlkampf mit der PDS zu sprechen und durch die PDS Anliegen zu artikulieren.

Leider werden sich die sachlichen Qualitäten des Programmentwurfs nur der freundlich oder nachsichtig voreingestellten Leserschaft erschließen können. Die ideologische Verpackung macht es jedem Vorbehalt leicht. Zum Beispiel schon im Titel: „Für den politischen Richtungswechsel! Für eine gerechte Republik“! Bei den Richtungen gibt es vorne und hinten, oben und unten, links und

rechts. Geniert sich die PDS, die Richtung zu bezeichnen? Sie müßte ihre linke Sache lieber herausstellen. Und: Wenn man soziale Grund- und Menschenrechte einfordert und die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und viel andere ähnlich klare Dinge mehr, warum dann unter der komischen Firma „gerechte Republik“? Meint man damit eine Republik, die sich dem Gefühl der Gleichheit verpflichtet, ist's linksradikal, meint man eine Republik, in der vollzogen wird, was nach äußeren Gesetzen recht ist, so können das auch Rechte. Will man das erste durch das zweite bewirken, ist man in die realsozialistische Vergangenheit zurückgetreten. Will man irgendwie alles unter einen Hut bringen, ist man bestürzend naiv. An solchen flott in die Welt gesetzten Punkten können sich lange und sinnleere Diskussion festbeißen.

Bei einem Wahlprogramm spielen aber jene Inhalte die entscheidende Rolle, die sich im Bundestag, in Gesetzesanträgen und im Abstimmungsverhalten niederschlagen, vielleicht nimmt die Diskussion ja diese produktive Richtung. maf

ArGE „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS

Einladung zur Jahresversammlung

Im Zusammenhang mit der Linken Winterschule (siehe PB 25) findet am 5. Januar, ab 20 Uhr, in Schnepfenthal (Thüringen), Hotel Hermannstein, die Jahresversammlung der ArGE statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht
2. Debatte zu aktuellen Fragen in der PDS sowie der ArGE
3. Wahl der SprecherInnen

Gäste sind herzlich willkommen.

Christiane Schneider, Dieter Strützel

Zur sozialen Situation im Baskenland

Eine Delegation von LAB, der baskischen Gewerkschaft für ein unabhängiges Baskenland, besuchte vom 21.11.-30.11.97 verschiedene Städte in der Bundesrepublik, hielt Vorträge in Düsseldorf, Dortmund, Hannover und Berlin, sprach mit Gewerkschaftern und interessierten linken Gruppen. In Hannover besuchte sie das Gewerkschaftshaus, sprach auf Einladung der Antifa-AG und „Gegenwind“ vor 40 interessierten Leuten, besuchte mit Mitgliedern des Arbeitskreises Regionalgeschichte den Fliegerhorst Wunstorf und das ehemalige KZ in Bergen-Belsen. Der Besuch war mit Unterstützung von Betriebsräten auf Initiative des Arbeitskreises Regionalgeschichte und der Geschichtswerkstatt zustande gekommen, nachdem 10 Antifaschisten, Historiker und Gewerkschafter im April dieses Jahres zum 60. Jahrestag der Bombardierung Gernikas im Baskenland waren. Der für internationale Beziehungen Verantwortliche, Jesus Mari Gete Olarra (Purri), sowie Benito (Betriebsrat bei VW Navarra), Joshu (Ressort für sozialökonomische Angelegenheiten) und Ainoa, (Verantwortliche für das Ressort Jugend) sprachen am 25.11.97 im FZH Linden und diskutierten mit uns. Zwei Beiträge drucken wir im folgenden geringfügig gekürzt ab.

anr

Purri: „Die nationale Befreiung schließt die soziale Befreiung ein“

... Wir kommen aus einem Land, das von zwei Ländern kolonisiert worden ist, einmal von Spanien und einmal von Frankreich. Das Baskenland hat sieben Provinzen, vier im spanischen Staat und drei in Frankreich. Von den vier Provinzen in Spanien ist Navarra administrativ getrennt vom Rest des Baskenlandes. LAB (langile abertzaleen bazordeak), unsere Gewerkschaft, heißt übersetzt etwa „Gruppe patriotischer Arbeiter“. LAB ist eine sozialpolitische, nationale und Klassengewerkschaft.

1967 ist LAB aus Teilen der revolutionären Bewegung ETA auf dem fünften revolutionären Kongress entstanden. Damals wurde aufgrund der geführten Diskussionen klar, daß wir im Baskenland eine besondere Organisation für die Arbeiterschaft brauchen.

1974 wurde die Arbeiterfront gegründet, die den Grundstock für LAB bildete. Im Kampf gegen die Francodiktatur wurde eine Massen-

organisation für die Arbeiter wichtig. LAB verstand sich von Beginn an als Organisation der Arbeiter, die für eine nationale und soziale Befreiung des Baskenlandes eintritt.

1976 wurde die vormals noch lockere Formation in eine Gewerkschaft umgebildet, eine Gewerkschaft, die sozialpolitische Ziele verfolgt wie ihre Vorgängerorganisation. Von diesem Zeitpunkt an wurde alles daran gesetzt, die Ziele der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Wir vergessen dabei nicht, daß unsere Wurzeln in einer Demokratie gründen, an der alle beteiligt sein sollen. Innerhalb dieser Gewerkschaft sollen Arbeiterversammlungen immer als basisdemokratische Einheiten existieren. Seit dem Tode des Diktators Franco und der sog. Phase des Überganges hat LAB einen ganzen Weg schon zurückgelegt.

1980 hat LAB zum ersten Mal an den Betriebsratswahlen teilgenommen. ... 1994, bei den letzten Betriebsratswahlen gewann die Gewerkschaft 3 000 Männer und Frauen, die in die verschiedenen Betriebsräte gewählt wurden. 50 000 Männer und Frauen haben in diesen Betriebsratswahlen LAB durch ihre Stimme unterstützt.

Heute ist LAB eine Gewerkschaft mit ca. 25 000 Mitgliedern. Im Baskenland gibt es zwei gewerkschaftliche Realitäten. Eines ist die Gewerkschaftsseite, die mit dem Staat zusammenarbeitet, das ist sind die comisiones obreras (die Gewerkschaft mit der kommunistischen Stimmenmehrheit) und die UGT (die sozialistische Gewerkschaft). Die andere gewerkschaftliche Realität ist die nationale. Hier befindet sich ELA, die Gewerkschaft mit 100 000 Mitgliedern, sie ist mit 43 % in den Betrieben beteiligt. ELA ist eine Organisation, die aus der So-

zialdemokratie entstanden ist. Der andere Teil der nationalen gewerkschaftlichen Bewegung im Baskenland ist LAB: Seit 1990 gibt es eine mehr oder weniger erfolgreiche, mehr oder weniger ständige nationale Zusammenarbeit zwischen ELA und LAB für gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Ziele. Hinter dem Zusammenschluß von ELA und LAB stehen 60 % der baskischen Arbeiterschaft.

Aus dem Zusammenschluß heraus wird für die nationale Unabhängigkeit des Baskenlandes gearbeitet und gekämpft. Mit Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen kämpfen wir für das Recht der baskischen politischen Gefangenen, in den Knästen im Baskenland einzusitzen. Wir fordern die spanische Regierung auf, ihre eigenen Gesetze einzuhalten. Wir treten ein für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Baskenlandes, damit es seine wirtschaftlichen Ressourcen selbst nutzen kann.

Mit allen möglichen Programmen kämpfen wir gegen die Arbeitslosigkeit. Laut UNO-Statistiken gibt es in Europa 20 Mio. Menschen ohne Arbeit und 50 Mio., die am Rande der Armut oder in Armut leben. In Europa liegt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei 11 %. Im spanischen Staat ist die Arbeitslosenrate doppelt so hoch und liegt bei 22 %. Im Baskenland liegt die Arbeitslosigkeit bei über 25 %. In dieser Situation bedrückt besonders der Problem der Jugend. 50 % der baskischen Jugendlichen sind arbeitslos, und der Rest hat Zeitverträge. Man kann sagen, daß es im spanischen Staat für die Arbeiterklasse sehr negativ aussieht. Eine Gewerkschaft, die ihre Wurzeln im Kommunismus, und eine, die ihre Wurzeln im Sozialismus hat, haben mit dem spanischen Staat eine Vereinbarung unterschrieben, die eine Reform der

Arbeitsgesetzgebung beinhaltet, die klar gegen die Arbeiterklasse gerichtet war. Aufgrund des Verrates der Arbeiterklasse durch diese Gewerkschaften entstanden überall Firmen, die Zeitarbeiter beschäftigen und die Arbeiter hin- und herschieben, sog. Leiharbeitsfirmen. Seitdem gibt es die Flexibilisierung der Arbeitszeit. D.h. wir Arbeiter sollen uns an die Bedürfnisse der Firmen und Fabriken anpassen. Es wird eine größere Mobilität von der Arbeitern erwartet, und wer diese nicht erfüllt, wird auf die Straße gesetzt. Außerdem



Grundlegendes Ziel von LAB ist die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung. Dafür und für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, so die Losung des Transparents, hat sich das Bündnis von LAB und ELA herausgebildet.

gibt es seitdem eine ganze Reihe von Verträgen, die wir „Müllverträge“ nennen, die in keiner Weise das beinhalten, was unserer Meinung nach in einem Arbeitsvertrag festgelegt sein müßte. Die Zahlung von Arbeitslosengeld und Renten ist stark zurückgegangen. Mit anderen Worten, die sozialen Errungenschaften, die die Arbeiterklasse während der Franco-diktatur mit ihrem eigenen Blut erkämpft hat, werden immer weiter abgebaut.

In dieser Situation hat LAB 1996 den vierten Kongreß veranstaltet. Während dieses Kongresses hat es eine sehr wichtige Selbstkritik innerhalb LAB gegeben. LAB hat gesehen, daß sie einige neue und wichtige Instrumente erarbeiten muß, die der Arbeiterklasse nutzen. Instrumente, um die Arbeiter in verschiedenen Produktionsbereichen zu organisieren. Außerdem sind drei Arbeitsbereiche für wichtig befunden worden, der Bereich Jugend, Frauen und Sozialpolitik, der den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einschließt. Das wichtigste Ergebnis der Selbstkritik war die Einsicht, daß die Gewerkschaft über den einzelnen Betrieb hinaus aktiv werden muß. Das unterscheidet uns fundamental von den anderen Gewerkschaften. Die anderen Gewerkschaften organisieren die Leute in den Betrieben. Wir versuchen darüber hinaus, daß auch diejenigen, die keine Arbeit haben, von uns angesprochen werden. Wir gehen über den einzelnen Betrieb hinaus und arbeiten im sozio-politischen Sektor. Denn wir meinen, daß wenn die Gewerkschaft ein Instrument für die Arbeiterbewegung sein soll, dann muß diese Gewerkschaft die Interessen der Arbeiter weitgestreut vertreten.

Joshu: Folgen der Liberalisierung der Märkte für das Baskenland

Es ist mein Ziel, euch etwas über die sozio-ökonomische Situation im Baskenland zu erzählen. Zu Anfang einige Bemerkungen zur historischen Einführung, um zu verstehen, an welchem historischen Punkt wir uns heute befinden. Ende der 50er Jahre ist es – dank der Intervention der Yankees – dem spanischen Staat zur Zeit der Francodiktatur gelungen, aus der internationalen Isolierung auszubrechen. Die bis dahin existierende ökonomische Autarkie geht über in eine liberalisierte Wirtschaft und vor allem in den Freihandel. Der freie Welthandel führte zu einer sehr starken Industrialisierung, vor allem in den drei Zentren Barcelona, Madrid und Baskenland. Dies führte insbesondere zu einer starken inneren Migration im spanischen Staat, ausgehend von den Provinzen Kastilien, Andalusien, Estremadura, Galizien in diese entsprechenden industriellen Zentren, vor allem aber auch ins Baskenland. So kommt es dazu, daß im Jahr 1970 mehr als 40% der dort Lebenden Zugewanderte sind. Ende der 70er Jahre werden die ersten Auswirkungen der ökonomischen Krise spürbar, vor allem im Norden des

spanischen Staates, in der Provinz Asturien, und im Baskenland, aufgrund der dort vorhandenen Industrie, der Stahlproduktion, metallverarbeitenden Industrie, insbesondere der Schwerindustrie. Im Jahr 1980 gab es 370 000 Arbeiter in der Industrie, 1994 sind es nur noch 250 000.

In den 80er Jahren erfolgten der Abbau der Schwerindustrie sowie großangelegte Flächenentlassungen. 1976 gab es 5 % Arbeitslosigkeit und heute sind es 25 %. 1986 kam es zum Eintritt in die sog. Europäische Union, deren Bedingungen allerdings ausschließlich in Madrid ausgehandelt wurden. ... 22% der Fischereiflotte des Baskenlandes verschwinden in-

Auf der anderen Seite zahlen die Arbeiter die Summe für diese sozialen Rechnungen. Die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung im Baskenland liegt bei 50 %, für Frauen nur bei 38 %. Die Frauenerwerbslosigkeit liegt bei 28 %, die der Jugendlichen bei 55 %, abgesehen von dem Teil der Erwerbslosen, die nicht in den Statistiken auftauchen ... 1992 werden die Erwerbslosenunterstützungen gekürzt, und aktuell ist es im Baskenland so, daß von vier Erwerbslosen drei keine Erwerbslosenunterstützung beziehen. 1993 kommt es aufgrund der neuen Arbeitsgesetzgebung zu einer Legalisierung der Zeitarbeitsfirmen. 20 % der neuen Arbeitsverträge werden mit diesen Zeitar-



Hernani: LAB mobilisiert gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Überstunden (Bild: Egin, Mai 1997)

nerhalb von sechs Jahren. Im Jahr 1993 hat das Baskenland nach den Regionen Sizilien und Kalabrien in Italien die höchste Jugenderwerbslosigkeit. Es gibt sehr viel Armut und eine marginalisierte soziale Situation. Gleichzeitig haben Banken und Versicherungsgesellschaften Riesenprofite gemacht. Während der letzten vier Jahre steigen die Profite, während die Haushaltseinkommen sinken.

... Es kommt zu einer erhöhten Liberalisierung der Märkte. Staatliche Firmen werden privatisiert. Im spanischen Staat gibt es verschiedene staatliche Firmen, die bisher als staatliche Monopole Millionen von Profiten gemacht haben und 100 000 Arbeiter ausbeuteten. Es sind die erdölverarbeitende-, tabakverarbeitende-, Tele-Kommunikationsindustrie. Diese waren bisher staatlich. Sie alle sind privatisiert worden. Die in der EU vorherrschende Politik führt zu einer weiteren Deregulierung und Flexibilisierung. Es gibt ein absichtsvolles Vergessen der sog. Sozialcharta. Die Eintrittsbedingungen für Maastricht sind nur faktisch nominelle und vor allem monetäre Bedingungen, die dort gesetzt werden. Die vor allem darauf aus sind, die Ausgaben der Staatshaushalte zu kürzen, was sich dann wiederum in erster Linie in sozialstaatlichen Kürzungen auswirkt und niemals z.B. in Kürzungen im Militärhaushalt.

Arbeitsfirmen abgeschlossen. Die Arbeitsgesetzgebung hat außerdem den Zustand legalisiert, daß Arbeitsverträge mit Jugendlichen abgeschlossen werden, die weniger als den Minimallohn verdienen. Dieser liegt bei weniger als 800 DM. 34 % der Erwerbstätigen haben eine Zeitarbeit. 30 %, das sind 580 000 Haushalte, befinden sich derzeit unterhalb der Armutsgrenze. Von ihnen befinden sich 29 000 in absoluter Armut.

Diese Realität stellt sich im Baskenland aufgrund der fehlenden politischen und sozial-ökonomischen Instrumente gravierender dar als anderswo. Die Wirtschaftsministerien im Baskenland und in Navarra sind im Prinzip reine Statistikabteilungen. Alle finanziellen und wichtigen wirtschaftlichen Strukturen werden von Madrid aus geregelt. Wir von LAB sind offen für alle Möglichkeiten des Kampfes gegen diese soziale Situation. Wir Basken müssen über unsere Zukunft im Bereich der Arbeit, Ökologie usw. selbst entscheiden können. Wir sind bereit, gegen den Neoliberalismus, den Wettbewerb und den Markt als beherrschende Muster der derzeitigen gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen, um zu erreichen, daß die individuelle Entwicklung neben dem Thema der Ökologie das beherrschende Thema in unserem Kampf wird.

Windkraft: Chance oder Irrweg?

Niemals zuvor unterlag die Welt einem so großen Wandel wie bis zum Ende dieses Jahrtausends: Rohstoffe gehen zur Neige, Klimakatastrophen treiben ihr Unwesen, und die Menschen reagieren verunsichert. Doch fern am Horizont flackert ein Licht, das Hoffnung bringen könnte: Windenergie. In Deutschland liefern derzeit rund 4700 Windkraftanlagen Energie, davon 41 in Bayern. Damit überholte die Bundesrepublik die ehemaligen Marktführer Dänemark und USA. Im kürzlich erschienenen Buch „Windkraft: Eine Alternative, die keine ist“, herausgegeben von Otfried Wolfrum, untersuchen die Autoren kritisch, was Windkraft zu leisten vermag.

Das vorliegende Buch hat den Anspruch, objektiv und ohne Ideologie über das Wesen der Windenergie aufzuklären. Einig sind sich die Autoren in dem Punkt, daß diese neue Form einer sogenannten regenerativen Energie jedoch seine Grenzen hat und sich nicht dazu eignet, die Probleme der Menschheit zu lösen. Zu groß sei die Gefahr, so die Verfasser, daß durch Windkraftanlagen (WKAs) wertvolle Natur verschandelt würde: „Windkraftanlagen konkurrieren nun optisch mit den Leuchttürmen und Kirchen und dominieren diese traditionellen Wahrzeichen norddeutscher Kulturlandschaft.“ Auch das Brut- und Rastverhalten der Vogelwelt ändere sich durch die Nähe solcher Anlagen: So hat sich gezeigt, daß Rast- und Nahrungsplätze, nahe bei WKAs, von den Vögeln nicht mehr aufgesucht werden. Und gerade der Bereich des Wattenmeeres – einem Naturschutzgebiet seltener Vögel – ist als windreiches Gebiet besonders gefährdet, weil es für den Bau neuer Anlagen geeignet erscheint.

Weiter kommen die Autoren zu dem Schluß, daß es sich eigentlich nicht lohne, die Windenergie auszunutzen: Ihr Beitrag zum Gesamtstromverbrauch Deutschlands belief sich 1996 auf rund vier Promille (0,42 %), der Anteil zur gesamten Energieversorgung sogar auf unter einem Promille (0,082 %). Selbst bei Wachstum auf die fünffache Kapazität,

so rechnen die Verfasser vor, vergrößere sich der Anteil am Gesamtstromverbrauch höchstens auf zwei Prozent und des Gesamtenergieverbrauchs auf 0,4 Prozent. Bedenklich dabei: Würde die WKA-Lobby jeden günstigen Freiraum in Deutschland für den Bau von WKAs nutzen – was unrealistisch erscheint, weil man einen Großteil der Naturschutzgebiete an der Waterkant zweckentfremden würde –, könnten theoretisch immerhin 59 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr erzielt werden; gemessen am gesamten Energieverbrauch sind dies aber nur 2,3 Prozent. So kommen die Autoren zu dem Schluß, daß diese Branche nur deshalb lebensfähig sei, weil sie subventioniert werde: Nach dem Strom einspeisungsgesetz von 1990 sind die Abnehmer verpflichtet, die Kilowattstunde mit 17,2 Pfennig zu vergüten, obwohl sie bei günstiger Rechnung nur fünf Pfennig wert sei.

Auch auf den politischen Aspekt weisen die Verfasser hin: Häufig würden Gemeinden bei der Entscheidung zum Bau einer Anlage einfach übergangen oder eingeschüchtert, verhedderten sich oft in der äußerst komplexen Rechtslage. Beispiel: 1993 wurde der Windpark Utgast I im Landkreis Wittmund (Ostfriesland) von den Behörden trotz eines mageren ökologischen Gutachtens genehmigt, drei Jahre später auch Utgast II, der „bisher größte Windpark Europas“. Ange-sichts dieser Situation schließen die Autoren, daß die WKA-Lobby und die Politiker das schlechte ökologische Gewissen ihrer Bürger ausnutzen, um mit dieser Energie Profit zu machen. Die Menschen werden überdies, so die Verfasser, im Glauben gelassen, mit der Windkraft seien die Energievorräte noch nicht verbraucht, so daß niemand dann ernstlich spare.

Die Verfasser setzen sich sehr kritisch mit dem Phänomen „Windenergie“ auseinander, zeigen auf, wie Bürger darin involviert werden, ohne es zu merken. So kommen sie für einen großen Teil der Subventionen durch die



Steuergelder selbst auf. Auch der ökologische Schaden, der mit Windenergie verbunden ist, wird bei der Lektüre deutlich. Allerdings entsteht stellenweise der Eindruck, Windenergie sei Teufelswerk und nur Mittel der Verantwortlichen, Land und Leute kräftig auszubeuten. Trotz der berechtigten Forderung, den Bau von WKAs in Naturschutzgebieten unbedingt zu verhindern, ersticken die geäußerte Kritik manchmal leider am gezeichneten Schwarz-Weiß-Bild: Windenergie wird verworfen – aber andere Ressourcen wie Solarkraftwerke, deren Beitrag zur Gesamtenergie im Augenblick noch kleiner ist als der WKAs, und andererseits die sehr fragwürdige, nicht ausgereifte Fusionstechnik werden als Alternativen angeboten. Die Autoren verwickeln sich dabei in einen eklatanten Widerspruch: Wenn sich die Windenergie wegen ihres marginalen Beitrags zur Gesamtenergie angeblich nicht lohnt, wieso sollte man dann die Solarenergie vorantreiben? Fazit: Einfache Patentlösungen helfen bei dieser komplizierten Problematik nicht, alternative Energien müssen ohne Tabus offen diskutiert werden: Bleibt zu hoffen, daß ein offener Diskurs, wenn er geführt wird, nicht wieder vorzeitig versandet. Windenergie – Chance oder Irrweg? Die Zukunft wird es zeigen. *joe*

Otfried Wolfrum (Hg.), *Windkraft: Eine Alternative, die keine ist.* August 1997, Zwei-tausendeins



ERGEBNISSE

UND

Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften MATERIALIEN

NUMMER 6
NOVEMBER 1997

ADRESSEAUFKLEBER

Inhalt:

Die deutsche Rechte und der Euro	Seite 3
Die PDS sagt: Euro - so nicht!	Seite 7
Die Aufhebung des PKK-Verbots erkämpfen! Eine Petition an den nächsten Bundestag	Seite 8
Vorstand der Bundeskonferenz:	
Finanzbericht 1997	Seite 10
Aus der Arbeitsgruppe Ostpolitik Seite 15	
- Bericht	
- Gesetzentwürfe zur Änderung des	
Staatsangehörigkeitsrechts und Niederlassungsrechts	
- Materialien für die Arbeitsgruppe Ostpolitik	
Aus der Arbeitsgruppe Philosophie Seite 19	
- Die Aktualität des „Deutschen Herbstes“	
- Grundlagen juristischer Definitionen und	
eines juristischen Standards	
Aus der Arbeitsgruppe Monopol und Hierarchie Seite 25	

3.-6.1.1998: Linke Schule in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort Schnepfenthal (s.a. PB 25, S.28)

10./11.Januar: Grüner Länderrat, u.a. mit Beratung über Bundestagswahlprogramm

30./31.Januar: „HistorikerImpuls“ gegen Geschichts-Revisionismus in Kassel. Veranstalter sind u.a. IVVDn, BdA, Jenaer Forum, BdWi, Rosa-Luxemburg-Gesellschaft Leipzig, Gedenkstättenverband Berlin, Hamburger Institut für Sozialforschung, div. Asten u.v.a.m. Infos bei VVN/BdA.

17.Januar: Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Anmeldung unter 0228/211658 Köln.

24.Januar: Koordinierungsrat der AG Betriebe und Gewerkschaften berät in Magdeburg über Wahlprogrammtwurf der PDS.

Februar: Bundesweiter Ratschlag des Erfurter Appels in Bochum.

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen.

6.-8. März: Grüne BDK in Magdeburg verabschiedet Bundestagswahlprogramm

14./15. März: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in Bremen

14./15. März: Frühjahrstagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemein-

schaften in Köln

30. März: Eröffnungskonferenz in London für die EU-Osterweiterung

3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm.

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstifenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongress. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongress des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongress der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahl und Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50518 Köln, Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart